

Volkstimme

Eingelnummer 30 Pfg.

Sozialdemokratisches Organ für den Bezirk Halle

Redaktion: Halle a. S., Gr. Braubannerstr. 17.
Telephon 4602. Erscheinungstage täglich von 11-12

und sämtliche Unterbezirke (Kreise) im Reg.-Bez. Merseburg. Erscheint täglich außer Sonn- u. Feiertagen in Halle a. S., Sonnabends mit der illustrierten Beilage „Volk und Zeit“.

Verlag u. Expeditions: Halle, Gr. Marktstr. 27.
Telephon 3467. Verlagskonto: Postamt 57573

Nr. 50

Abonnementpreise: Durch Postweg jährlich monatlich 6,00 Mk. einschließlich Frachtkosten. Für Halbjahr 3,50 Mk. Durch Postweg im Vierteljahr 1,80 Mk. monatlich 6,00 Mk. einschließlich Frachtkosten.

Halle, Dienstag, den 1. März 1921

Abonnementpreise: Durch Postweg jährlich monatlich 6,00 Mk. einschließlich Frachtkosten. Für Halbjahr 3,50 Mk. Durch Postweg im Vierteljahr 1,80 Mk. monatlich 6,00 Mk. einschließlich Frachtkosten.

5. Jahrgang

Die deutsche Delegation in London.

Die Entlohnungsfrage und die Auflösung der bayerischen Einwohnervereine im Reichstage

Die periodische Reinigung bei den Kommunisten.

Belgische Kohlenkrise.

Termin gegen Hauptmann v. Kessel.

Die Entlohnungsfrage in Wien.

Der Unabhängige Ledebour als Vater der Polizeiaufsicht für Kommunisten.

Militärische Zitiertun.

Streiks in Moskau.

Anarchie in der Kallindustrie.

Die maßlose Verteuerung der Kohle und des Eisens übt naturgemäß ihre Wirkung auch auf die Herstellung landwirtschaftlicher Maschinen und Geräte aus. Nach dem uns aus der Landwirtschaft zugegangenen Mitteilungen muß heute der 20- bis 30fache Betrag gegen den im Jahre 1914 angelegten für landwirtschaftliche Maschinen und Geräte bezahlt werden. Ferner sind die Düngemittel, Kali um das Fache, Phosphate und Stickstoff im Großhandel um das 15- und 20fache gegen 1914 im Preise gestiegen. Unsere Volkswirtschaften aber stellen Betrachtungen darüber an, wie es denn kommt, daß wir mehr und mehr aus der internationalen Wirtschaft abgefallen sind. Die Arbeitervereine unserer ertragsfähigen Bodens gelangen.

Im Gegensatz zu den sonstigen Preisen (siehe oben) die Kallpreise überhaupt nicht. Die Kallwerksbetreiber halten denn auch am Reichstag am 2. Februar d. J. einen Antrag auf Preisserhöhung von 50 bis 60 Proz. (ca. 300 Millionen Mark) unterbreitet. In der Sitzung des Reichstages am 2. Februar d. J. ist der Antrag gegen die Stimmen des Handels und der Werksbetreiber abgelehnt worden. Die Arbeitervereine sind wegen der Ablehnung dieses Antrages von den Kallwerksbetreibern in der Öffentlichkeit schwer angegriffen worden. Es scheint deshalb notwendig, über die Art, wie die Kallunternehmer den Bankrott ihrer Wirtschaftspolitik zu vermeiden versuchen, Aufklärung zu schaffen.

Gerade sinnlos ist in der Kallindustrie, ohne auch nur im geringsten auf den Bedarf Rücksicht zu nehmen und fast ausschließlich aus Spekulationsgründen, gemutet, gehöhnt und abgeteuert. Immer wieder haben die Vertreter der Arbeiter ihre Stimmen dagegen erhoben. Vergeblich. Der Wahnwitz ist so weit, daß bereits im Jahre 1909 sogar der freikonserervative Abgeordnete v. Camp im Preussischen Abgeordnetenhaus dagegen Stellung nahm und von der damaligen preussischen Regierung Gegenmaßnahmen verlangte. Das Reichstagsparlament und die wirthschaftliche Regierung leichten durchgreifende Maßnahmen ab. Der Zusammenbruch des Kallindustrials im Jahre 1910 veranlaßte die Werksbetreiber, die Reichsregierung um Aufhebung des freien Handels der Kräfte und um gesetzliche Regelung der Kallwirtschaft zu ersuchen. Die Regierung und die Mehrheit des Reichstages verfuhr im Jahre 1910 jedoch nach dem bekannten Rezept: Wäh! mir den Preis, aber mach ihn nicht nah! Die wenigen großen wirtschaftlichen Gesichtspunkte, die von den Arbeitervertretern im Reichstag in das Gesetz vom 25. Mai 1910 hineingebracht wurden, sind durch die erlassenen Ausführungsbestimmungen fast vollständig wirkungslos geblieben. Es ist vielleicht gut, zu wissen, daß der damalige Unterstaatssekretär im Handelsministerium Dr. Richter später gemäß wurde. Der eigentliche Zweck des Gesetzes: Einschränkung der Verhinderung von Preisgründungen, wurde nicht erreicht. Ja, man kann ohne Übertreibung sagen, der Gründer- und Spekulationswahn hat sich nach dem Jahre 1910 erst in der tollsten Form an. Bei der Worte drückt das die Statistik aus. Im Jahre 1909, als der Verleugrungswirtschaft wegen des Spindlats in die Brüche ging, gesetzliche Maßnahmen zum Zwecke ihrer Einschränkung bereits erzwungen wurden, hatten wir 53 Kallwerke. Die Entwicklung vollzog sich dann wie folgt:

Jahr	Anzahl der Schächte:
1909	53
1910	62
1911	82
1912	104
1913	138
1914	176
1919	206

In einer Sitzung mit mehreren Arbeitervertretern erklärte der Direktor eines großen Kallwerks u. a., daß es ihm die Einsicht anlag, daß es Mutterweises seines Konzerns bei voller Ausnutzung der vorhandenen technischen Hilfsmittel möglich ist, jährlich 500 000 Doppelzentner zu fördern. Demgegenüber betrage man die wirtliche Durchschnittsleistung pro Berg nach der Entwicklung von 1909 bis 1919:

1909	betrug die Durchschnittsleistung pro Schacht 127 421 D.
1910	138 368 "
1911	114 625 "
1912	97 400 "
1913	80 461 "
1914	51 363 "
1919	41 747 "

Also statt 500 000 D., die nach Ansicht eines ausgezeichneten Kenners der Kallindustrie gefördert werden könnten, werden in Wirklichkeit nur 41 000 D. pro Berg gefördert. Mit anderen Worten: 1/12 der technischen und sonstigen Anlagen der Kallindustrie liegen völlig unbenutzt. Einmal sozial Kapital oder Arbeitskraft, wie notwendig geworden wäre, ist aufgewandt worden; lediglich, um das Produktionsbedürfnis gemisser Kreise zu befriedigen!

London, 1. März. Die deutsche Delegation war gestern um 3 Uhr nachmittags in Dover eingetroffen, um ein Vertreter der englischen Regierung zu begrüßen. Sie legte ihre Fahrt alsbald im fahrplanmäßigen Zuge, in dem zwei Wagen reserviert waren, nach London fort. Zunächst um 4 1/2 Uhr lief der Zug in Victoria-Station ein, wo der deutsche Botschafter, Stamer, mit den Mitgliedern der Botschaft und ein Vertreter des Lord Curzon zur Begrüßung anwesend waren. Vor dem Bahnhof hatten sich zahlreiche Neugierige angeammelt. Die Delegation begab sich in bereitstehenden Automobilen ins Savoy-Hotel. Die Abfahrt verlief ruhig und ohne Zwischenfälle.

London, 28. Febr. Amtlich. Die erste Vollziehung der Konferenz, in der die Reparationsfrage behandelt werden soll, findet morgen, Dienstag, vormittags 11 1/2 Uhr, im Lancaster House statt.

London, 1. März. (Reuter.) Reichsminister Dr. Simons wird seine Erklärung heute vormittag um 11 1/2 Uhr im Lancaster House abgeben. Die Ministern werden nachmittags darüber beraten und Lloyd George wird am Mittwoch in Anwesenheit des Lord Curzon und Chamberlains eine Erklärung darüber abgeben.

Wien, 27. Febr. (W.T.S.) Dr. Otto Bauer-Wien erörterte die Verhältnisse in dem der Entente ausgesetzten Deutsch-Oesterreich und sprach die Hoffnung aus, daß die sozialistischen Parteien der anderen Länder, falls die Entente mit militärischen Mitteln Deutsch-Oesterreich entgegensteht, dem Lande helfen werden. Redner appellierte besonders an die französischen Delegierten, sich fürdies auf die Seite des Auslandes gegen den Imperialismus des eigenen Landes zu stellen.

Langueit-Franzreich bezeichnete als Aufgabe der französischen Arbeiterklasse, sich gegen jene Hege zu wenden, die jetzt in Frankreich die Oberhand gewonnen haben. Das Reichsdeutsche Volk könne nicht leben unter der Herrschaft eines solchen Friedensvertrages, wie es der von St. Germain sei, ohne Lebensmittel, ohne Kohlen und ohne Rohstoffe. Wenn die Entente hier nicht eine andere Lösung durchführe, dann könne niemand das österreichische Volk verbinden, sich an Deutschland anzuschließen. (Beifall)

Renauvel-Franzreich erklärte dagegen, die französischen Genossen dürften das nationale Problem nicht vergessen. Die Bevölkerung Frankreichs fürchte eine neue Judas. Das französische Volk sei nicht reaktionär, die französischen Sozialisten würden aber von der Mehrheit der Bevölkerung nicht ganz verstanden. Im übrigen sei Redner völlig mit einer Revision des Friedensvertrages einverstanden.

Dr. Bauer-Wien dankte Langueit im Namen der Arbeiterklasse und trat unter allgemeinem Beifall den Ausführungen Renauvels entgegen.

Alfred England wandte sich gegen den britischen Imperialismus und bezeichnete den Völkerbund als eine kapitalistische Organisation, die nicht imlande sei, den Frieden zu sichern.

Darauf beendete die Konferenz ihre Arbeit. In das Exekutivkomitee für die internationale Arbeitsgemeinschaft wurden für Deutschland Crispian und Ledebour gewählt. Die vorgelegte Resolution wurde angenommen.

Zum Schluß erklärte Ledebour, die Hauptaufgabe der Konferenz sei durch die Gründung der Arbeitsgemeinschaft gelungen. Schöne Resolutionen allein könnten nicht helfen, sondern nur die revolutionäre Tat.

Streiks in Moskau. Pft. Jg. Nro. 28. Febr. Die lettlandische Telegraphenagentur verbreitet eine Meldung über Moskauer Streiks, daß in Moskau am 24. Februar eine starke Arbeitsgemeinschaft eingeleitet habe. Die Arbeiter der Expedition der Staatsdruckerei seien vor die Fabrik hingejagt mit der Aufforderung, wirtschaftliche Forderungen zu stellen und die Einberufung der Kommissare und Wiedereinführung des freien Handels zu verlangen. Die Rotgardisten hätten sich gemiegt, die Demonstrationen zu zerstreuen. Die herbeigerufenen Kommunisten hätten geseuert und mehrere Personen erschossen oder verwundet. Alle Kommunisten Moskaus seien mobilisiert. Der russische Vertreter Deutschlands, Haned, bemerkt diese Aussage, gibt aber an, daß Demonstrationen stattgefunden haben, wobei die Arbeiter der Staatsdruckerei in Rotation arbeiten. Ein offizielles Radiotelegramm aus privater Quelle bestätigt die Schließungen und Unruhen, doch seien sie durch drakonische Maßnahmen der Kommunisten unterdrückt worden und in Moskau herrsche wieder Ruhe.

Der „Frankf. Ztg.“ wird gemeldet: Die allgemeine Wirtschaftskrise in Belgien hat nun auch auf die Kohlenindustrie übergriffen. Fortdauernd entlassen die Gruben-direktionen Arbeiter. Der belgische Ministerpräsident hat dem Brüsseler Vertreter des „Zeit. Parisien“ folgende bemerkenswerte Erklärung dieses für Belgien so nachteiligen Vorganges gegeben: Wir haben augenblicklich eine tatsächliche Kohlenkrise, die dazu zwingt, in gewissen Betrieben die Produktion einzuschränken und dort die Arbeiter zu verabschieden. Eine der Ursachen der Krise ist die Ueberfülle an deutscher Kohle. Infolge der Ausführung des Vertrages sind wir — so paradox es klingt — mit deutscher Kohle überverforgt. Andererseits aber leiden wir infolge der Nichtausführung gewisser Bestimmungen, die Deutschland besser respektieren könnte.

Termin gegen Hauptmann v. Kessel. In der Straßsache gegen den jetzt wieder in Haft genommenen Hauptmann an D. v. Kessel ist der Verhandlungstermin bereits auf den 15. März vor dem außerordentlichen Schwurgericht des Landesgerichts I angelegt worden. Es handelt sich um den Weineid, den dieser Kessel geschworen haben soll, als er in dem Verfahren gegen Marloh unter seinem Eide bestritt, von dem Aufenthalt Marlochs nach dessen Nicht etwas gewußt zu haben, während die Anklage annimmt, daß er sogar dem Marloh zur Flucht verholfen hat. Die Vorgänge im Marloh-Prozess bilden die Grundlage in dem Weineidverfahren und deshalb wird der Marloh-Prozess auf neue ausgestellt werden müssen.

Der Unabhängige Ledebour als Vater der Polizeiaufsicht für Kommunisten.

Berlin, 28. Febr. In seiner schriftlichen Beantwortung einer kleinen Anfrage des Abg. Düwelle bezüglich der Erläuterungen des Abg. Ledebour über das Bestehen einer kommunikativen Widerzentrale teilt der Minister des Innern mit, daß die Ermittlungen keinen Anhaltspunkt für das Bestehen einer solchen Zentrale ergeben haben. Obwohl sich die Reichsregierung die Behauptungen Ledebours nicht zugehen kann, hätte sie es für ihre Pflicht, Drogen zur Nachprüfung solcher Behauptungen zu schaffen. Bei der offenen Aufzehrung der Kommunisten zu Gewalttätigkeiten sei die Schaffung solcher Organe eine dringende Notwendigkeit.

Militärische Zitiertun. General Wärdler hat ein Buch herausgegeben, indem er sich durch Angriffe auf Scheidemann interessiert zu machen versucht. Genosse Scheidemann macht uns nun darauf aufmerksam, daß Wärdler ihn stets leichtfertig ganz falsch zitiert. So behauptet er, daß Scheidemann im Januar 1919 in einer Ansprache an die Landesjäger begeisterte Anerkennung aus-sprechlichen Heerführer Hindenburg und Lubendorff. Scheidemann erwidert, daß er stets seine größte Bewunderung ausgesprochen habe für das, was unter Truppen und Führer fürdurbare Jahre hindurch an Strapazen und Tapferkeit geleistet hätten. Bei dieser herzlichen Dankbarkeit für Mannschaften und Offiziere bleibe es also, aber daß er noch im Januar 1919 Herrn Lubendorff als einen unvergleichlichen Heerführer bezeichnet hätte, nachdem die „Volk“ ihm bezeugt hatte, daß er das ganze Volk dem Unglück und der Schande überliefern würde, nachdem Scheidemann selbst ihm mit seinen Hilferufen um Frieden und Waffenstillstand im Kriegesabsticht erlebt habe, sei gänzlich ausgeschlossen.

Weiter jagte Wärdler Scheidemann nach, er habe im November 1920 im Reichstage geäußert: „Die Offiziere könnten froh sein, daß die Rangamt des Volkes je im November 1918 mit dem Verlust der Achselstücke hat davon kommen lassen.“ Nach dem unkorrigierten Stenogramm der Rede Scheidemanns, die übrigens am 20. Oktober 1920 im Reichstag gehalten worden ist, hat Scheidemann lediglich von den Offizieren gesprochen, die ihre Stellung im Heere der Republik dazu benutzten, um diese zu verhöhnen und die Verlosung mit Füßen zu treten. Infolgedessen haben auch die nachfolgenden Redner Reichswehrminister Scheler, Entnazifizierungskommissar Dr. Peters und Zentrumsvizepräsident Leibhorn nichts von einer Beschimpfung des Offizierskorps gemerkt gehabt; erst der diskussionale Graf Wittberg hat diese Verdrehung ausgebeutet, und leitend haben militärische Kreise die Verdrehung verbreitet. Wenn auch keiner so leichtfertig wie General Wärdler! Der Erfolg war, daß in Scheidemanns Kallener Bezirk die deutschen nationalen Stimmen seit der Reichstagswahl zurückgegangen, die sozialdemokratischen Stimmen aber umso kräftiger gewachsen sind. Mögen den militärischen Zitiertunlern ihre Lügen und Verleumdungen weiter so bekommen!

da aber alle Werte, die stützenden wie die nur teilweise ihre Anlagen auszubilden, nicht nur die Anreizwirkung und eine nach kapitalistischen Grundgedanken geäußerte Begründung des aufwendenden Kapitals, sondern darüber hinaus besonders hohe Gewinne für sich beanspruchen, müßten die Kapitalisten der jeweiligen Durchschmittsbewertung pro Jahr — also jetzt 11000 Td. — angepaßt werden. Man sollte meinen, dieser Gewinn würde nicht mehr zu überbieten und das ganze Volk erhöhe sich zum Schutze seiner nationalen Bodenfläche, mit denen von einigen Privatkapitalisten, wie hier nachgewiesen ist, der Lohn um die Hälfte zu hoch gehalten wird.

Aber der Lohn um die Hälfte zu hoch gehalten hat den von der arbeiterlichen Spitze der Reaktion markierten Kapitalisten vollständig den Verstand geraubt. Man weiß die Öffentlichkeit hat noch andere Sorgen, und deshalb haben sie trotz des Unfalls, den sie angerichtet, bis auf den heutigen Tag in der Industrie halten können. Es ist deshalb vom Standpunkt der Arbeiterbetriebe erfindlich, daß sie nimmermehr die Arbeiter ganz angeht auf zu fordern, deren Wohlfahrt mitzugeben.

Am 16. Februar d. J. fanden Lohnverhandlungen mit dem Arbeitgeberverband statt. Diese waren infolge der unangehörigen Preissteigerung für Nahrungsmittel und Bekleidungsartikel notwendig geworden. Die Löhne der Arbeiter haben sich von 12 bis 19 Prozent erhöht. Die Arbeitgeber lehnten jedes Zugeständnis ab. Nicht nur das, sie erklärten rund heraus, daß sie den vom Reichsarbeitsminister für die Kalbidustrie für verbindlich erklärten Schiedspruch vom 20. November 1920 nicht erfüllen würden. Nebenbei gelangt ein Mitarbeiter dafür, wie die Kreise, die über mangelnde Autorität der Regierung kimpfen, eben diese „Autorität“ fügen und fügen.

Über sehen wir, was die Werksbetriebe von den Organisationsvertretern in der fraglichen Sitzung verlangten. In zwei Entwürfen hatten sie ihre Forderungen niedergelegt. In der ersten verlangten sie:

1. Anerkennung der letzten Lage der Kalbidustrie;
2. Zustimmung zu einer Preisobergrenze bis zur Höhe von 300 Millionen Mark;
3. das Eintreten für die Einführung einer zentralgelegenen einheitlichen Produktionsstatistik;
4. die Aufhebung der gesetzlichen Bestimmungen über Zurückvergütung eines Teiles der vom Empfänger zu tragenden Steuern an das Kalbidustrie;
5. das Eintreten für Quotenübertragungen und Werkstilllegungen;
6. Beratung auf die durch Schiedspruch vom 20. November 1920 beurteilte und die vom Reichsarbeitsminister für verbindlich erklärte Lohnlage ab 1. November 1920.

In der zweiten drohen sie mit:

1. Stilllegung aller Werke;
2. Entlassung von Arbeiterinnen;
3. Verminderung der Beschäftigten und
4. sofortige Kündigung der Lohnliste.

Somit sind wir also schon. Derartige Ansetzungen kann man sich nur erlauben, wenn man die Unmöglichkeit der Arbeiter von vornherein in die Rechnung stellt. Durch diese Rechnung aber haben die Ökonomen der Betriebe und die Vertrauensleute der Organisationen aller Richtungen einen tiefen Schlag zugehen. In einer von 300 Ökonomen und Vertrauensleuten aus der Kalbidustrie besetzten Konferenz wurde am 22. Februar in Wobegburg das folgende einstimmig erklärt:

Die einstimmig zugunsten der Arbeitgeber geforderte Erklärung konnte für die Arbeitnehmervertreter keine Grundlage zu Verhandlungen sein. Mit den Verhandlungen ihrer Vertreter erklärten sich die Konferenz einverstanden.

Die Erklärung des Arbeitgeberverbandes betrachtet die Konferenz als eine lächerliche Kampfanlage an die gesamte Arbeitnehmererschaft der Kalbidustrie.

Die Konferenz verpflichtet die Organisationsvertreter aller Richtungen in der Kalbidustrie, sofort die geeigneten Gegenmaßnahmen zu treffen.

Trotz der Kampfanlage des Arbeitgeberverbandes erklärt sich die Konferenz bereit, ihre Vertreter zu erneuten Verhandlungen auf folgender Grundlage zu ernennen:

1. Anerkennung des Schiedspruches vom 20. November 1920;
2. Angleichung der in der Kalbidustrie geschätzten Löhne an die der Braunkohlenarbeiter;
3. Senkung der Industrie durch entsprechende Maßnahmen.

Die Konferenz verpflichtet alle Arbeiter und Angestellten in der Kalbidustrie, in Abwärtsschritt der aufzuerstehenden ersten Sach-

lage sich entschieden hinter ihre Organisation zu stellen. Nur so ist es möglich, zur Geltung der Kalbidustrie und zu angemessenen Lohn- und Arbeitsverhältnissen zu gelangen.

Das ist die Erklärung der Arbeitererschaft. Wie die Gemeinden, die durch die Werksfestlegungen schwer betroffen werden, über das Anhalten der Werksbetriebe denken, werden wir bald hören. Wir sind aber auch begierig zu wissen, wie sich das Volk gegen seine Vertreter und die Regierung zu stellen hat. Die Arbeitererschaft hat sich offenbar haben es die Arbeitererschaft ausgesprochen, daß sie nicht nur die oben angeführten Drohungen verurteilt, sondern daß sie nimmermehr eine Anzahl Kapitalisten erlauben lassen wollen. Das also sind die „Arbeitnehmer“, die nicht nur unsere wertvollen unterirdischen Bodenschätze gefährden, sondern ganz offen mit der Absicht ihrer Vernichtung drohen dürfen. Und zwar im höheren Interesse einer handvoll schwererter Privatkapitalisten. Das Volk kann verurteilen, wenn sie nur bis zu 50 Proz. Dividende verteilen können!

Hier stehen die vitalsten Interessen des Volkes auf dem Spiele. Wir fragen die Regierung: Was geschieht, um diesen verwerflichen Lohn um die Hälfte zu beenden? Für uns gibt es nur eine Lösung: Überführung der Angelegenheit unterer unterirdischen Bodenschätze aus den Händen des Privatkapitals in die Gemeinwirtschaft.

Die periodische Reinigung.

Wenn man der „Kommunisten“ glauben könnte, dann handelte es sich bei der Entfernung des kommunalistischen Zentralkomitees nicht um eine Spaltung, „Kadtschepenski“ überschreibt sie den Artikel, der die Vorgänge behandelt, sondern nur um eine Säuberung, wie sie in der kommunistischen Partei periodisch vorgenommen wird. Diesmal sogar nur am Parteivorstand, nicht an der gesamten Partei. Leider scheint sie mit ihren pompösen Titeln nicht viel Glück zu haben. Nach 48 Stunden vorher schrieb sie einen mit der hohen Reichsrichterin „Die Toten reiten schnell“, der sich gegen die verhafteten Unabhängigen richtete. Der Wig li aber nur der, daß er sich gegen die eigene Partei richtet und nicht gegen die „Kadtschepenski“ als die kommunistische Partei selbst entpuppen. Die Mitglieder des ehemaligen Zentralkomitees selbst erklären, daß sie in die Reihen der Mitglieder zurücktreten und als einfache Soldaten ihre Pflicht tun wollen. Die militärische Handlungsweise in allen Ehren, aber wenn das notwendig ist, daß sie nur den Wostokar Befehlen widerspruchslos gehorchen werden, so hätten sie das als Parteivorstand auch tun können. Das läßt uns doch sehr hinaus. Denn auch als einfaches Parteilied hat man das zu vertreten, was man für richtig hält, und nicht nach der Devise zu handeln: „Stillgestanden“, „Maul gehalten!“ Und nicht erst, wenn die Karre über den Berg gegangen ist, aufzutreten und Parteiloyalität zu machen. Aber das ist ja die eigene Angelegenheit der Arbeiter.

Hundertmal ist es mit der K. A. D.-Zeitung geschehen, daß die Lage herunterbrücken. Sie geben keinen Bericht über die drei Tage dauernde Sitzung, sondern sie teilen trocken und hölzern die gefassten Abschlüsse mit. Da diese nun aber unübersehbar sind, so erfolgen von allen Seiten Erklärungen, die die Sache noch verwickeln. Die Sinausgeworfenen erklären und die Hinausgeworfene erklären, der Bulgare Sabatschew läßt drei Artikel los, die erklären sollen. Die Kommunisten böseher, es ist ein Mann (Klientenlampi-Schumann?) der Red. d. K.), Dohmen und Geißler erklären und Lamm erklärt der Moskauer Marzok. Doch damit ist die Sache immer noch nicht zu Ende. Es kommen noch drei andere, nämlich Kriesthau, Fjodor und Wajson. Unmöglich ist es eigentlich den K. A. D. zu verstehen, daß diese Zentralkomitee der ausgefallenen Mitglieder Rationalholtschewitsch Graj und Thomas wieder in Gnade aufnehmen. Wer nur nicht glaubt, daß die einzig wahre, gleichmäßige und revolutionäre Richtung zur Einigung des Proletariats in der kommunistischen Partei nur die richtige gekommen ist, dem ist nicht mehr zu helfen. Nun bleibt nur noch übrig, daß auch alle anderen Proletarier, „Ochre parieren“ wie die abgefallenen Däumig, Lewi, Braß, Jettin und Hoffmann, daß auch sie als einfache Soldaten ihre Pflicht tun, nämlich stillstehen und Maul halten, so wird die nächste revolutionäre Schlacht unabweislich kommen.

Diese gänzlich mehr lächerlichen wie traurigen Vorgänge erhalten den richtigen Hintergrund durch den ersten Artikel vom 8. Januar, in dem die Kommunisten zu gemeinsamem

Handeln unter ihrem diktorischen Kommando aufriefen. Ganz abgesehen von dem furchtbar zusammengewürfelten Forderungskatalog als zunächst erreichbares Ziel, zeigt sich allein schon an dem schnellen Wechsel der politischen Meinung der K. A. D., daß sie auch nicht die geringste Zuverlässigkeit beanspruchen kann. Daß es für die Arbeitererschaft unheimlich gefährlich ist, sie als Kämpfer an der Seite zu machen, aber eben, als sie als offenen Feind gegenüberstehen zu sehen.

Hunderttausende von Arbeitern haben der K. A. D. bei den Wanktagwahlen gläubig ihre Stimmen gegeben. Was ist die erste Tat dieser Partei nach ihrem so laut in die Welt polauten Sie? Sie kämpft unter sich Richtungskämpfe aus. Das sollte jedem Beobachter zu denken geben. Am Grunde liegt der Kern des Streites so.

Die K. A. D. preigt seit Jahr und Tag den kommunistischen Aufruf, ohne daß irgend etwas ernsthaftes geschieht. Damit sind die Massen nicht zufrieden. Die Führer können nichts tun als radikale Reden halten, da sie selber am besten wissen, daß jedes Handeln nach dieser Richtung kein Wohltun und Verbrechen wäre. So begingene ganz naturgemäß die Führer den Massen verächtlich zu werden. Die Anhänger, die man mit tönenden Verheißungen gelockt hat, wollen sehen, daß etwas geschieht. Und weil nichts geschieht und nichts geschehen kann, so müssen eben die Führer hinweg, die sich nicht als Halbgeister, sondern als ganz gewöhnliche Konz n entpuppen haben. Lewi und Adolf Hoffmann entern jetzt das Schicksal aller, die durch Bereiter gegen die alten Führer an die Spitze gekommen sind. Die Schwelle geht über sie hinweg. Der Führer, der sie gegen die Massen nicht nur gegen sie, sondern auch gegen die Arbeitererschaft, Braß und Hoffmann sind aus der Zentrale der K. A. D. ausgeschieden. Man hat an ihrer Stelle andere ernannt. Geistige Größen sind es nicht. Aber was tuts. Agieren sie doch ebenso wenig wie ihre Vorgänger, ist doch der wahre Leiter der gemeinsamen Mann aus Russland, der Delegierte des Moskauer Zentralkomitees, an dessen Spitze jetzt statt der Marionetten Lewi und Däumig die Marionetten Brandler und Stöter juppeln.

Die hallische K. A. D. hat ihre Funktionäre gestern zu einer wichtigen Kautionsprüfung zusammenberufen. Heute wird man in „Rassantung“ lesen können, was ihnen Moskau ausgegeben hat zu beschließen.

Angestelltenbewegung im Industriegebiet.

Esien (Ruh), 28. Febr. Die Angestelltenverbände aller Richtungen haben heute in einer Sitzung die Frage der Kündigung des mit dem Arbeitgeberverband für den Bezirk der nordwestlichen Gruppe des Betriets deutscher Eisen- und Stahlindustrieller abgeschlossenen Gehaltsabkommens einer eingehenden Besprechung unterzogen, da von einer Anzahl Angestellter die Kündigung zum 31. März gefordert worden war. Die Vertreter der Verbände haben einstimmig beschlossen, mit Rücksicht auf die schwierige politische Lage von einer Kündigung des Abkommens abzusehen, um eine Erschütterung unseres Wirtschaftslebens zu vermeiden. Es wurde aber der bestmögliche Erwartung Ausdruck gegeben, daß sich die Arbeitgeber beim Rechnung tragen ihre Kündigung den von den Angestellten gewünschten Verbesserungen des bestehenden Abkommens zustimmen.

Der Nachfall auf Georgien.

Paris, 28. Febr. Nach einer Saapas-Nachricht aus Konstantinopel wird die Einmache von Truppen durch die roten Truppen besetzt. Die Regierung, die Verwaltungen und die Fremdenkolonien haben sich nach Batum und Kutais zurückgezogen. Die Truppen Georgiens haben zwischen Gagrai und Sufum eine Niederlage erlitten. Die Stadt Poti ist bedroht.

In Warschau sind die sozialistischen Blätter „Korow“ und „Robotnik“ wegen Aufzorderung zum Generalstreik auf drei Tage verboten worden.

Souwenand in der Ukraine. Nach einem Telegramm aus Kijew sind dort Nachrichten aus Moskau eintrudelt, wo freudig darüber, hat sich die Zeitung von Wladimir hat empfangen. Ein Aufruf ist auch in den Gebieten von Tambow und Orenburg und im Gebiet von Tumen in Sibirien ausgedrungen. Um die erste Bevölkerung zu beruhigen, hat die Sowjetregierung Befehl erteilt, große Konzentration zu vermeiden. Diese Verteilung der erhöhten Ration hat letzten Montag stattgefunden.

Das Söhnlein der lieben Aufrechten.

Novelle von O ttfried Keller.

(16. Fortsetzung.)

Wie furchtbar ist es, daß es nicht einen eintönigen Schlag Schweizer, sondern daß es Zücher und Berner, Unterwaldner und Neuenburger, Graubündner und Waller gibt, und sogar zweierlei Waller! Das es eine Appenzeler Geschichte gibt und eine Genfer Geschichte; diese Mannigfaltigkeit in der Sprache, welche Gott uns erhalten mag, ist die rechte Schule der Freundschaft, und es ist da, wo die politische Zusammengehörigkeit zur persönlichen Freundschaft eines ganzen Volkes mehr, da ist das höchste gewonnen! Denn was der Bürger nicht anerkennen sollte, das wird die Freundschaft vermögen, und beide werden zu einer Tugend werden.

Diese Alten hier haben ihre Jahre in Arbeit und Mühe hingebend; sie jagen an, die Dienstfertigkeit des Fleißes zu empfinden, den einen nicht es hier, den andern dort. Aber sie reisen, wenn der Sommer gekommen ist, nicht ins Bad, sie reisen zum Feste. Der obgenannte Feste ist der Gutsbrunnen, der ihr Herz erfüllt; das sommerliche Gutsbrunnen ist die Luft, die ihre alten Nerven kräftet, der Wellenschlag eines frohen Volkes ist das Seebad, welches ihre heißen Glieder wieder lebendig macht. Ihr werdet ihre weisen Klänge absahnd untertauchen lassen in dieses Bad! So geht und nun, liebe Gutsbrunnen, der Ehrenruhm! So lebe die Freundschaft im Vaterland! So lebe die Freundschaft in der Fremde!

„Sie lebe hoch! Bravo!“ schallte es in der Stunde, und der Empfänger erwiderte die Antwort und begrüßte die eigentümlich und sprechende Erscheinung der Alten. „Ja“, schloß er, „mühen unsere Seele nie etwas Schlimmes werden als eine Strenge für die Jungen, der Lohn eines treuen öffentlichen Bewußtseins und erfüllter Gutsbrunnen und ein Berufsgebod für die Alten! Mühen sie eine Feste bleiben unüberdacht und lebendiger Freundschaft im Bande von Frau zu Frau und von Mann zu Mann! Guter, wie ihr ihn

nenn, namen- und namenloser Beccin, schmerzliche Männer, lebe hoch!“

Übermals wurde das Begehob ringsum wiederholt und unter allgemeinem Beifall das Fingern zu den Ährigen auf die Zinne gestekt. Hierauf sprang das Trüppchen der Steben ab und strafs nach der großen Festhalle, um dort sich durch ein gutes Frühstück zu erholen, und kaum waren sie angelangt, so schüttelten alle ihrem Redner die Hand und riefen: „Wie aus unsem Herzen gesprochen! Hediger, Gutsbrunnen! Das ist gutes Holz an deinem Buben, der mir gut, ist ihn nur machen! Grad wie wir, nur gefeierter, wie find alle Feste; aber unmetragt geliebter, nur fester, Karl!“

Fremdman aber war ganz verblüfft; der Junge hatte gerade gesagt, was ihm selbst hätte einfallen sollen, fast sich mit den Festen herumzujagen. Auch er gab Karl freundschaftlich die Hand und dankte ihm für die Güte in der Red. Zu leicht trat der alte Hediger zu seinem Sohne, nahm ebenfalls seine Hand, richtete ihn und fest sein Auge auf ihn und sagte:

„Lohn! Eine schöne, aber gefährliche Gabe hast du vererbt! Pflege sie, bau sie, mit Treue, mit Pflichtgefühl, mit Bescheidenheit! Nie leiste sie dem Unredigen und Ungerechten, dem Eiteln und dem Richtigen; denn sie kann dich ein Schmechler werden in deiner Hand, das ich gegen dich selbst sehr ergehen das Gute, wie gegen das Schicksal! Sie kann auch eine bloße Korrespondenz werden. Darum gradus gehen, beschreiben, leuchtbar, aber nicht unweiss! Wie du deine Ehre gemacht hast, so beste Reiz daran, deinen Willkürigen, deinem Vaterland Ehre zu machen, Fremde zu machen, an dies beide, und du wirst im Schwere von falscher Ehrsucht beharrt! Unmetragt! Glaube nicht immer sprechen zu müssen, laß man die Gerechtigkeit vorbeigehen und sprich nie um beherrschend, sondern immer einer erhabenen Sache wegen! Studiere die Menschen nicht, um sie zu überlisten und auszunutzen, sondern um das Gute zu ihnen aufzuwecken und in Bewegung zu setzen, und glaube mir; wie, die dir zuhören, werden oft besser und klüger sein, als du, der du sprichst. Wiele nie mit Trugschlüssen und kleinsten Spitzbürgereien, mit denen man nur die Sprezer bewegt; den Kern des Volkes rührt du nur mit der vollen Macht der Wahrheit an. Darum nicht nie um den Beifall

der Rühmenden und Ansehlichen, sondern sich auf die Gelassenen und Festen, unmetragt!“

Kaum hatte er diese Rede geendigt und seine Hand losgelassen, so ergriß sie schnell Fremdman und sagte:

„Gleitsmäßig bilde deine Annahme aus und bereitere deine Grundlagen, daß du nicht in leere Worte verfallst! Nach diesem ersten Anstoß ist nun eine genaume Zeit vorzuziehen, ohne an dergleichen zu denken! Wenn du einen glücklichen Gedanken hast, so brich nicht, nur um diesen anzubringen, sondern lege ihn zurück; die Gelegenheit kommt immer wieder, wo du ihn reifer und besser vorzubringen kannst. Rühm dich aber ein anderer diesen Gedanken vorweg, so freut dich darüber, hat dich zu ärgern, denn es ist ein Beweis, daß du der Allgemeiner gefährt und gedacht hast. Wille deinen Geist und überlasse deine Gemütsart und Judice an einem Redner den Unterschied zwischen einem bloßen Manichelden und zwischen einem wahrhaftigen und gemäßigten Mann! Wille nicht im Hand herum und laufe nicht auf allen Gassen, sondern gewöhne dich, von der Seite deines Hauses aus und inmitten bewährter Freunde den Beifall zu verdienen; dann wirst du mit mehr Weisheit zur Zeit des Handeins austreten, als die Jagdbunde und Landläufer. Wenn du sprichst, so sprich weder wie ein halbes Hausdach, noch wie ein traglicher Schachspieler, sondern halte dein gutes natürliches Wesen rein und dann sprich immer aus diesem heraus. Ziere dich nicht, wie dich nicht in Wollst, wie dich, bevor du beginnst, nicht herum wie ein Feldmarschall oder gar die Verwundung beiderseitig! Sag nicht, du seist nicht vorbereitet, wenn du es bist; denn man wird deine Reden kennen und soviel mehr! Und wenn du gesprochen hast, so geh nicht herum, Blicke einzusammeln, frische nicht von Selbstzufriedenheit, sondern sehe dich still an deinen Platz und horde aufmerksam dem so gebenden Redner. Die Großheit ist wie Gold, damit, wenn du sie in gerechter Entrichtung einmal herbeiziehst, es ein Ereignis sei und den Wegere wie ein unbeschwerter Wollst! Wollst! Wenn du aber denkst, je wieder mit einem Gegner zusammen zu gehen und gemeinsam mit ihm zu wirken, so hüte dich davor, ihm im Jorne das Auserste zu sagen, damit das Volk nicht ruf: „Wollst! Wollst! Wollst!“

(Fortsetzung folgt.)

Partei-Angelegenheiten.

Dressorhandlung, heute abend 7 Uhr, im Parteibureau, Datz 42/44, Zimmer 12.

Die Parteimitglieder werden gebeten, so fort die Redaktion der 'Volksstimme' Mitteilung zu machen, falls im Termin oder Tagungslokal der Parteiverfassungen irgendwelche Veränderungen eintreten. Es sollen künftig nur noch am Donnerstag oder am Samstag angetreten werden, da die gesamte Parteimitgliederliste im Laufe eines Jahres um einen großen Raum vermindert werden würde.

Dienstag 8 u. 9. März, den 2. März, abends 8 Uhr im Restaurant Bernhardtstraße Parteimitglieder. Tagesordnung: Die Erfolge der Landtagswahlen. Einen recht zahlreichen Besuch erwarten die Parteimitglieder.

Unterhaltungsabend des 20. Distrikts. Für heute abend 7 1/2 Uhr werden die Genossen zu einem Unterhaltungsabend des 20. Distrikts (Czöllwig) nach der Bergstraße eingeladen, worauf wir nochmals hinweisen.

Arbeiterabend. Am Dienstag abend 7 Uhr hält Gen. Leich in Wisibors Gesellschaftsraum einen Vortrag über 'Exploitationismus'. Um zahlreichen Erscheinen der Mitglieder bitten.

Aus dem Stadttreis.

Dalle, 1. März 1921.

Was der Vorkühling bringt.

Es ist seit langem jedermann geläufig und beinahe sprichwörtlich, daß der frühe Lenz die Frühjahrsfrucht bewirkt, denn alle anderen Jahreszeiten. An der Tatsache läßt sich nicht zweifeln, über die Ursache freilich sind die Ansichten geteilt.

Dem Vorkühling ist es nun wohlvertraut, welche ungünstigen Einflüsse auf den Menschen der lange Aufenthalt in den Gauen, wie ihn der Winter mit sich bringt, auch die rasche Impfung der weichen Witterung des Winterendes hat und wie nachteilig diese auf alle Krankheiten, namentlich die Tuberkulose, wirken. An den Beförderungserfolgen, die man, besonders früher, dem Winteranfang in warmen Klimaten zuschrieb, ist wohl in erster Linie der Umstand beteiligt, daß die Luft des kalten Meeres, die Küstler oder Meeran ihren Aufenthalt auf dem Festland, in freier Luft gesteht und von plötzlichen Witterungsänderungen ziemlich verjagt sind.

Seit einiger Zeit ist man aber darauf aufmerksam geworden, daß eine große Zahl von Krankheiten entweder nur in der Zeit zwischen Herbst und April auftreten oder in diesen Monaten die heftigsten Ausprägungen annehmen. Der Vorkühling ist eine merkwürdige Verschärfung der Luft, die damit im Zusammenhang steht, daß die Empfindlichkeit der gesunden Menschen für Tuberkulose im Vorkühling größer ist als in den anderen Jahreszeiten. Das beweist darauf, daß unser immunitäres Vernehmen um diese Zeit besonders reizbar sein muß. Und tatsächlich erreichen alle Krankheiten, die damit im Zusammenhang sind, z. B. das nervöse Asthma oder die Ekzeme der Kinder (Scharfkrämpfe) ihr Maximum zwischen Februar und April. Das gleiche gilt für die Keimkrankheiten der Säuglinge. Einmal darauf aufmerksam geworden, fand man eine Menge merkwürdiger Zusammenhänge. Viele Hautkrankheiten sind überwiegend Frühjahrskrankheiten und hinter dem wahren Vorkühling der blutigen Jahre steht offenbar etwas wie Erfrischung. Namentlich die nässenden und schuppigen Nischen haben diese Neigung, im Frühling wiederzutreten, mag man den Winter im Zimmer verbracht haben. Was aber für den Menschen gilt, das gilt auch für den Tierkörper und ist als Zeit der Keimung, der Befruchtung, bei den Haustieren als eine Periode herabgesetzter Vitalität allen Landwirtschäften und Züchtern geläufig.

Bei den im Freien lebenden Tieren fällt jede Vermutung weg, daß die Frühjahrsmitte und Frühjahrsfrucht eine Folge unserer Stubeinflüsse ist. Denn, selbst wenn man die Ansicht immer mehr an Wahrscheinlichkeit, daß es bestimmte meteorologische Einflüsse gibt, die den Vorkühling zur Ungünstigkeit aller Jahreszeiten gestalten helfen.

Daß wir noch keine solchen kennen, widerspricht nicht dieser Vermutung, denn niemand hat noch solche gefast.

Ganz sicher wird der Tag kommen, da die Menschen, die

Höllische Kunstbau 1921.

Es tut dieser Ausstellung in gewisser Beziehung Abbruch, daß sie sich nicht rein als Kunstbau hallischer Künstler darstellt. Es wird zwar ein Bild weltlicher Gemeinschaft, gleichgearteten Kunsttreibens, unerbittlichen Verzehrs im gemeinsamen Kraftbewußtsein gegeben, wenn man Auswärtige mit Einheimischen mischt. Es ist aber zu bedauern, weil so der Duft, die Klangfarbe, das unwürdige Eigenwillige, gemäßigten die hallische Kulturwelt im Künstlerischen nicht Erleuchtung werden kann.

Einzig im Saal mit vorwiegend Bildern von Karl Böller bekommt man einen Anhauch solcher Geltung. Karl Böller ist kunstverständig, vital, auf einer sichtbaren, wortgedanklichen unerschütterlichen Entwicklung, Hoffnung, tauffere Auswirkung für Glaube und in sich tragend. Hier in diesen Bildern aber, zu mal wenn sie menschliche Gestalten als Vorwurf umfassen, kauft ein bestimmter Reiz. Kein Ausgleich zwischen Motiv und Gestaltung. Ein vernehmliches Moment greift störend um sich, die Farbe, dieser Faktor künstlerischer Überzeugung, isoliert sich in solcher Auflösung ins Ungeheime, ein Reiz nicht bedingter Aufschauung ist unabweislich. Was aber an den Bildern an Mangel, das bringt den Graphiten reifere Erfüllung. Münch, Katschka, Gogol, Rubin, Klee, schufen vollwertig abgeschlossene Kunstwerke der farbigen Frigidität, ein durch Zielvorgabe abgeklärtes Wort, die Seele, ist hier Ereignis geworden. Einige farblose, in der irrigen Gestaltung formellere Landhäuser und einige farblose Böller'sche Werke.

Zu hoch liegt, zu feiner begrenzt, aber darin bedeutungsvollen Bild, Karl Böller gefunden. Eine zarte Würde in Bild und Graphik, ein lyrischer Schöpfung ohne jegliche Gefühlsregung erzeugt Lebenswertigkeit. Die Abhängigkeit vom Bruder Karl ist nicht mehr zu erkennen. Am Rand des Unzulänglichen liegt dagegen Paul Bach in seinen Selbstbildern. Es ist anzunehmen, daß er kein schmales Gebiet des farbigen naturalistischen Umfasses zu halten weiß, daß seine Graphik unter denselben Gesichtspunkten zu schärfen ist; die für ihn zu großformatige Delmalerei läßt nur zu sehr den unangenehmen Eindruck, der von Klee her, im Bekannterem. Einem Zweiten, der auf der großen eigenen Kunstausstellung 1919 nur als Epigone wirkte, muß Eigenpersonlichkeit innerlich seiner spezifischen Grenzen zugewandt werden; Friedrich Schade. Plastiken ohne großen Anhauch, aber materialgerecht, wenn auch 'Mutter' einen Stiefsohn

Täten auch des schönen Frühlingstages fernend, sich gegen die unglückliche Hand zu scheren müssen, die heute noch manchen in die Krankenbetten über zur letzten Ruhe geleitet.

Die wirtschaftliche Parteiorganisation gegen die Gewerkschaften.

Am 27. Februar 1921 fand im Volkspark eine Konferenz der W. P. D. für die mitteldeutschen Bezirke statt. Wie aus der Einladung hervorgeht, wollte man Stellung nehmen zu neuen Richtlinien, oder wie es wörtlich hieß: um über die aufgetauchten Reihen von Gewerkschaften hinweg zu kommen. Bekanntlich war man mit einer neuen gewerkschaftlichen Forderung, ohne auch nur das geringste zu erreichen. Und so war es notwendig geworden, erneut die Zweckmäßigkeit der 'Gewerkschaftsleitung' nachzuweisen.

Der bekannte noch nicht gewerkschaftlich organisierte Dörzler gab den Gehaltsbericht, nach dem Rollenblatt beträgt der gegenwärtige Gehalt 8446,22 Mk. Davon sind aber nur 640 Mk. vorhanden, während das übrige Aufzubringen in den Unterbezirken ist.

Die Rollenblätter sind also wenig geeignet. Ueber Betriebsräte, Parteien und Gewerkschaften referierte Johann W. Koenen. Nach seiner Ansicht ist im Frühjahr 1919 die beste Zeit gewesen im Vergleich den Klassenkampf zur Entscheidung zu bringen, weil damals die Rechtsstaatlichkeit ohne Beschränkung der Freiheit und des Lebens, während der Zeit nicht im Interesse der Einigung des Proletariats gearbeitet, ein Umfeld, der die gewaltige Erfahrung der SPD. herbeigeführt hätte. Um die Errungenschaften der Revolution zu erhalten, muß man unbedingt mit aller Macht die Führung der Gewerkschaften in die Hände bekommen.

Die Betriebsräte müßten aus dem Reigen der W. P. D. nehmen, obwohl der größte Teil der Mitglieder der W. P. D. leidet unter immer noch Papierzoldaten sein. (Welche Einheit sehr Koenen) 'Bedenklich müßte die W. P. D. die Gewerkschaften erobern. Gewerkschaften (W. P. D.) in keine Gewerkschaft führen könnte was die Betriebsräte brauchen. Die Betriebsräte, die in den Gewerkschaften ständen, würden alle nur Lohn- und Dienstmänner.

Daß so nebenbei auf die Kollegen Unruhe und Sorge wichtig ist, liegt ganz im Wesen dieser Tagung.

Der geschäftliche Teil der Tagung wurde ein wenig mißvergnügt. Das war wohl auch die Hauptursache der ganzen Tagung. Die Verhandlungen haben gezeigt, daß man sich in den Ausmaßen und der Dauerhaftigkeit der revolutionären Kräfte der W. P. D. nicht einig ist. Hier liegen alle neuen Kräfte nicht; die W. P. D. liegt auf dem Scheitelpunkt. Heber kurz und lang wird sie, ohne von beiden Bepfundenen auch nur eine gehalten zu haben, sanft entschloßen und kein Mensch außer Dörzler und einer Hand voll Getreuer werden ihr eine Träne nachweinen.

Als Tagesgespräch kam die W. P. D. — als eine große Kluft mit sich gehen. Wenn sie weiter nicht für die Arbeiter ruft, so hatte sie doch den Arbeitgebern gegeben die Kraft der Gewerkschaften zu fähmen.

Ueber die Führung des Eisenbahnerrechts in Mitteldeutschland.

In der ersten Tagung einen Artikel vom Verkehrsverein Halle-S., worin der Verfassung Ausdruck verliehen wurde, daß Halle als Hauptbetriebsmittelpunkt durch Verlegung der Reichsgeneraldirektion nach einer halben Stadt, in Gefahr kommt, und dadurch das Verkehrsleben außerordentlich geschädigt würde. Die nachfolgenden Ausführungen der Eisenbahnerdirektion Halle, zeigen jedoch daß keine Schädigung oder Benachteiligung Halle im Verkehr geplant ist. — Die Eisenbahndirektion schreibt: 'Veranstalt durch Mitteilung in einer Sitzung des Betriebs-Halle' Halle' sind in der letzten Zeit benutzende Ausführungen über die Umgestaltung des mitteldeutschen Eisenbahnerrechts in den bisherigen Zeitungen erschienen, die in wesentlichen Punkten unsatzend sind. Hiernach soll beachtet sein, wegen Ueberlastung der Strecke durch Arbeiterkräfte für das Vernehmen einer großen Teil der Schnellzüge von Berlin nach Frankfurt, München und Stuttgart sowie den Schnellzug Breslau-Halle-Köln nicht mehr über Halle, sondern über Leipzig zu gehen. Diese Vermutungen entbehren der Begründung. Es werden nicht nur die notwendigen Schnellzüge auch vom 1. Juni dieses Jahres ab über Halle geführt, sondern es besteht die Möglichkeit, den Schnellzugverkehr über Halle durchzuführen.

Zwei Architekten beschließen den hallischen Reigen, von denen der eine hier weiterleitet zu den Nationalitäten: Knaube und der Gethhorn. Knaube hat keine architektonischen Gedanken in eigenartigen Stilen niedergelegt und Gethhorn trägt schon als Umgehender des Knaubes in Berlin, einem Dandolmann, und unbeherrschten Knaube. Gethhorn betraute man seine Stützen, um eine Architektentafel mit räumlichen Willen begreifen zu können. In solcher Betrachtung ist Knaube (Berlin) hier, voll von neuem, aber mitunter unklare Hierarchien. Zwischen dem Entwurf und der für in der Vorstellung beim Betrachter ergebenden, realen Raumgefühl fehlt das verbindende Mittelglied. Solche Unausgeglichenheit ist auch bei folgenden Malern vertreten: Otto John (Magdeburg), Bogler (Magdeburg), Wilhelm Schmid, der in einem Bild nach jeder sonstigen Kraft nicht widerzulegen ist, und Rudolf Weller (Berlin), der überaus täglich unvollständiger und Wenigstens eine in Fenster eine Gogol-Darstellung stellt. Diesen entgegengesetzt ergeben sich dann aber auch wieder Kunstformen, die, kaum gelassen, Ausdruck find. W. Wölber besitzt auch dekorative, Anspürungen hallischer, analphabeten, seine Vorbildigkeit ist fast

nicht, den Schnellzugverkehr über Halle durch Einlegung neuer Züge noch zu verbessern, wenn die Betriebsräte im Neuenmarkt ist zwar die Strecke Halle-Stammberg zeitweise außerordentlich lebhaft, jedoch, daß dies bisher noch nicht den Anlaß zur Umleitung von Schnellzügen gegeben.

Reaktionärer Vorstoß gegen das Betriebsrätegesetz?

Wir erhalten zu dieser Angelegenheit nach eine Aufschrift von einem Parteigenossen, der vom ersten Tage der Entlassung mit der Angelegenheit vertraut war. Darin heißt es:

Es wird versucht, die Angelegenheit auf ein anderes Gebiet zu lenken, nämlich auf das politische und persönliche. Erst nachdem die Stadt in Nr. 45 der 'Volksstimme' erschien, scheinen mit größter Eile Schritte unternommen worden zu sein.

Die in Nr. 47 veröffentlichte Resolution, bezugnehmend auf die in § 96 des Betriebsrätegesetzes und dem Tarif vereinbarten Bestimmungen, bezieht damit nichts neues.

Nach § 75 (Schlichtungsinstanz) kann der Betriebsrat binnen fünf Tagen Einspruch gegen die Kündigung erheben. Außerdem hätte der Betriebsrat aus dem Einspruch, erheben können, wenn er in der letzten Kündigung (hier Tag Entlassung) eine unbefristete Stelle erlöst hätte. Und zwar jetzt. Aber ist tatsächlich das Wort 'unbefristet' eine derartige Bezeichnung, daß wie in Nr. 47 verstanden werden kann, die Begründung zur Entlassung gegeben ist? Sollte das letztere der Fall sein, dann liegen ganz andere Motive vor. Es war tatsächlich befristete, der es verstand, für seine Kollegen das Beste herauszuholen.

Selbst das Alter des Betroffenen angeblich groß beliebig sein. Beamten belästigt nichts. Jedem Arbeiter und Beamten, ob jung oder alt, landen in Zukunft dieselben Rechte zu.

Auch die Blankovollmacht, ob alles getan werden sein soll, ändert nichts daran, daß an irgend einer Stelle geändert wurde. Darum war es notwendig, die Öffentlichkeit zu informieren. Wir wollen dazu noch bemerken, daß es natürlich vor allen Dingen darauf ankommt, festzustellen, ob der Betriebsrat seine volle Pflicht getan hat oder nicht. Auch den umliegenden Darstellungen müssen wir zu dem Schluss kommen, daß persönliche Gründe haben das Recht des Entlassenen nicht mit der notwendigen Energie wahrgenommen wurde. Nachdem wir diese Parteien das Wort gegeben haben, wollen wir die Debatte über diese Angelegenheit schließen und hoffen, daß der Betriebsrat zu seinem Recht gelangt.

Die Beschlüsse der Volkskammern bei den Volkskammern im Deutschen Reich werden in nächster Zeit nach dem Stande vom 1. Januar erscheinen. Bestellungen nehmen alle Postanstalten entgegen, die auch über die Freie Staatsbank erteilen. Volkskammern erhalten die Druckwerke auf Wunsch von ihrem Volkskammeramt unter Abrechnung des Preises; auch können sie sich den regelmäßigen Bezug durch einmalige Bestellung bei ihrem Volkskammeramt sichern.

Selbstmordverbot? In der Subbotage wurden in einer Schrebergartenlaube eine männliche und eine weibliche Person in bewußtlosem Zustande aufgefunden. Anschließend liegt Mord- und Selbstmordverbot durch Vergiftung vor. Beide wurden mittels Krankenwagens der med. Klinik zu geführt.

Einbruch. Am 26. 2. abends wurde bei einer in der Taucha wohnhaften Witwe ein Einbruch verübt. Gestohlen wurden: 1 Damentasche, 2 Meter Stoff und 1 Segeltuchhandtasche. — In der Nacht zum 27. d. M. wurde auf dem Steingewerkschaufersberg eine Konfirmandenschule von unbekannten Tätern eingedrungen. Gestohlen wurde nichts.

Einbruch. In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag ist in das Uhren- und Goldwaren Geschäft von P. Kogonowski, Neue Promenade 1, eingedrungen worden. Der oder die Täter haben das vom Schaufenster befindliche Eisenbahngitter mittels Überlegungsbeuge oder Drahtseile zertrümmert und durch die entstandene Breche das Schaufenster zertrümmert. Wertgegenstände in der Verletzung der Hand des Täters sind. Wahrnehmungen irgendwelcher Art, die zur Ermittlung des Täters führen können wollen man der hiesigen Kriminalpolizei umgeben werden.

Gegen Alkohol und Nitrit. Die 16. Distrikt Schüring im J. Guttemperorden hielt am 27. 2. 21 eine Vierteljahrsversammlung in der Aula der Tafelstraße ab. Der Distrikt hat bei

nierend. Eine ebensojähre dekorative Vegetation ist in einem älteren Bilde von Geier, Klein. Die schwärze Farbkraft durch eine härtere Gliederung, vertieft. Max Schwimmer (Leipzig) hat in seinen Graphiken den Mann in der Ankleidung, von Weidner den Strich, wenigstens ist es ihm beim Ansehen klar zu unterlaufen. Auf der großen hallischen Kunstausstellung wurde mehr Selbstbildnisse aus ihm. Vazag Segal hat dagegen ganz seine eigene Sprache, zwar wenig lebhaft, aber dynamisch, schließlich läßt er sich im ein wiederholtes Strichziehen eine Ermüdung zurück. Benn Otto Schubert (Dresden) in seinen Bildern nicht den Zeichen verleiht und trotzdem im 'Sommer' nicht die malerische Welt verkennt, so kann man besten toll sein. Die gleiche Freude erzeugt Georg Tappert (Berlin). Nicht das seine Bilder einen erfindenden Optimismus in sich tragen, im Gegenteil lassen die Bilder beinahe jählich das Schicksalhafte des Lebenslaufes. Aber die Farbe hat Kraft und ihre Gegenüberwertung ist erschöpfender Sinn. So ist in ähnlicher Art Hedroth (Dresden) im 'Stir' und 'Waldbrunn' richtig ergeben und nur noch zarterer Gemaltigkeit. Als Kubitz hat Hans Bragg (Berlin) das, was Moritz Wegler (Berlin) selbst: ein Lebenselement in farbigen Formen zu tragen, die Farbe vollkommen als Ausdrucksmittel der Hand zu haben. Von Bobbin (Berlin) hat mit einer 'Komposition' gewisse Mittel in der Hand um ein Sinnliches in ein Unsinnlisches zu übertragen, zur weiteren Anknüpfung ist dieses einzige Bild nicht gegeben. Ganz hin und her jagend zwischen Himmel und Erde, geladen mit einer solchen astralen Vitalität, die auch auf den sonst begrenzenden Bildrahmen übergeht, erscheint Otto Ditz (Dresden). Eine ungehemmte Einwirkung von Sternen, Winden, Landschaften, Menschen in einen geballten grünelingeligen Nebelföhrer. Höher (Wormsede) erreicht durch eine demütig antiquarische Granfaltung, daß zwei Abmessungen eine faste plastische Fülle bekommt. Aus Dresden kommt dann aber ein Erschütter, der die Trennung zwischen Motiv und Ausgestaltung überwindet: Otto Lange. Ein 'Hafen' und eine 'Kondakant' mit durchaus eigenwillig, aber souveräner Farbengebung. Dazu Graphiken mit neuem, auf das Wesen der Sache eingehend und erschöpfend.

Schließlich noch ein Berliner Bildhauer: Oswald Herzog. Ein 'Furtige' auf der großen Berliner Kunstausstellung ist immer geläufig. Hier erwacht sich, daß Herzog bisher noch keine Einheit in sich ist. Eine Plastik 'Zeh' ist wertlos und nicht freudend, eine Plastik 'Genetier' ist eine erschöpfende Umwandlung vom optischen Körpererlebnis in eine groß erlebte Ornamentalförmung. Die Bratstovnen.

Wirtschaftspolitische Rundschau.

Maßnahmen zur Bekämpfung der Geschäftslosigkeit im Ausland. — Rückgang der Industrie in Deutschland. — Kein Geschäftsmopol. — Die Ergebnisse der Viehzählung in Preußen.

Die Industrie steht unter dem Druck des Rückgangs der Nachfrage. Die schwächende Balance erzwingt den Abbruch von Lieferungen, und im Ausland besteht die Gefahr, daß die Konkurrenz der Konkurrenz durch die Konkurrenz der Konkurrenz...

Auch in der Schweiz verläuft man auf diesem Wege vorwärts zu kommen. Vom Volkswirtschaftsdepartement wird dem Ernährungsmittel vorgeschlagen, durch besondere Kommissionen die Einfuhr- und Kleinhandelspreise...

Im Reichs-Arbeitsblatt wird von den für die Metallindustrie bestehenden Betrieben angegeben, daß nur 5,4 Prozent gut beschäftigt sind, die übrigen einen Mangel an Arbeitern aufweisen.

Im Jahr 1920 sind nur von 20,1 Prozent der Betriebe der Viehzählung als gut bezeichnet. Relativ zu den Viehzählern sind die Viehzählungen in den Viehzählungen...

Die chemische Industrie, deren Geschäftslage bisher als sehr günstig bezeichnet werden konnte, hat im Auslandsmarkt nicht mehr die gute Position...

An den Spinnwebbetrieben wird von 112.000 Beschäftigten nur 24,3 Prozent eine schlechte Geschäftslage angegeben, es ist auch hier ein Abwärts in der Gesamtmenge...

Die Konfektionsindustrie merkt eine weitere Verschlechterung der Geschäftslage. Der Absatz nach dem Ausland ist stark. Für die päpstliche Schuhindustrie ist eine merkwürdige Besserung zu merken...

Die Bismarck-Industrie in Pforzheim, die 45-40.000 Arbeiter beschäftigt, leidet sehr unter den Abflüssen nach dem Ausland, besonders seit der russischen Revolution...

Für die Margarinefabriken lag Ende Januar das Geschäft fast still. Die Befände haben erheblich zugenommen, man fragt hier über die Konkurrenz zum Ausland, die im Vorteil ist, da sie das Rohmaterial billig einkaufen kann...

Die unerhöht hohen Preise haben in der Glas- und Porzellanindustrie um mehr der Konjunktur ein Ende bereitet, so daß auch hier sowohl der Import als auch wie der Export merkbare Hemmungen aufweist.

Die Nationalversammlung hatte 1919 bei Verabschiedung des Bundesratsgesetzes beschlossen, daß bis zum 30. März 1920 von der Regierung die Einführung eines Monopols der getriebenen Körperkraft unterbreitet werden soll.

Die Viehzählungsergebnisse für Preußen vom 1. Dezember 1920 zeigen im Vergleich zum 1. Dezember 1919 eine erhebliche Zunahme der Viehbestände. Rindvieh ist von 8.715.000 auf 9.144.000, Schafe von 3.490.000 auf 4.007.000...

Gewerkschaftliches.

Bezirkskonferenz des Bergarbeiterverbandes.

Am Sonntag, den 27. Februar, fand in Cöthen die jährliche Bezirkskonferenz des Bergarbeiterverbandes Deutschlands für den Bezirk Halle statt.

Der Konferenz eröffnete der Kollege Abendroth, aus dem hervorgeht, daß die Gesamtmitgliedschaft des Verbandes 571.787 Mitglieder beträgt.

An das Referat schließt sich eine kurze Debatte an, die sich im Rahmen der Ausführungen des Referenten hält. Schlußwort referierte Kollege Hesse über die Stellung der Gewerkschaften...

Die Konferenz nahm einen harmonischen Verlauf und beschloß sich zur Hoffnung, daß der Verband auch im künftigen Geschäftsjahre zum Wohle seiner Mitglieder allen Anstrengungen gewachsen sein wird.

Die Kameraden aller Kreise haben geschlossen hinter ihre Vertretung, ein beständiges Bemühen zu allen gegen die gerichtliche Annullierung nichts als beweislose Forderungen sind.

Die Kameraden aller Kreise haben geschlossen hinter ihre Vertretung, ein beständiges Bemühen zu allen gegen die gerichtliche Annullierung nichts als beweislose Forderungen sind.

Die Kameraden aller Kreise haben geschlossen hinter ihre Vertretung, ein beständiges Bemühen zu allen gegen die gerichtliche Annullierung nichts als beweislose Forderungen sind.

Die Kameraden aller Kreise haben geschlossen hinter ihre Vertretung, ein beständiges Bemühen zu allen gegen die gerichtliche Annullierung nichts als beweislose Forderungen sind.

Die Kameraden aller Kreise haben geschlossen hinter ihre Vertretung, ein beständiges Bemühen zu allen gegen die gerichtliche Annullierung nichts als beweislose Forderungen sind.

Die Kameraden aller Kreise haben geschlossen hinter ihre Vertretung, ein beständiges Bemühen zu allen gegen die gerichtliche Annullierung nichts als beweislose Forderungen sind.

Schulz, Der kleine Jan. Von E. S. Trobenmann sehen jederzeit zur Verfügung.

Die Sozialisierung der Kohlenwirtschaft, von Otto S. u. c. (Vordruckvertrieb Berlin G.B. 68), Preis 1 Mark, ist eine Schrift des Kampfes um die Wahrung, die jeder Partei genügt, insbesondere der agitatorisch läßt sie, können wir. Mit einer Fülle von Material tritt Genosse S. zu den Warteleistungen entgegen, die nach vor kurzem die Sozialisierung der Kohlenwirtschaft als notwendig empfunden haben, heute aber nicht mehr...

Bermittliches.

Bekannt unter hypothetischem Jüngling. Unter einer Gleichzeitigkeit, die unter je unangenehmsten Umständen erfolgte, macht die B. 3. am Mittag bemerkswerte Mitteilungen. Im November lernte eine sehr reiche, junge Dame, die sich zu fünfzigjährigen Studien in Berlin aufhielt, in der Gesellschaft einer hübschen, klugen, eleganten Dame kennen, mit der sie sich über ihre Hamburger Angehörigen etwas dann mitteilte...

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Preslau, 1. März. (Frankf. Zig.) In der Sitzung des Bezirksvorstandes der sozialdemokratischen Partei Mitteldeutschens in Preslau erklärte der Vorsitzende unter allgemeiner Zustimmung, daß die Mehrheit der alten Koalition ausreize, um die Regierung zu bilden, zumal sich die 29 Unabhängigen im Landtag sicherlich nicht immer gegen eine Regierung der Sozialdemokraten, Demokraten und der Zentrumspartei wenden würden.

Alltägliche Bestimmungen für Halle a. d. S.

- 1. Der S 1 erhält folgende Fassung: Der Preis für Molkebutter, den der Hersteller beim Verkauf im Großhandel fordern kann, wird 1. für Handelseware I (Ware von einwanbriener Beschaffenheit) auf höchstens 1720 M., 2. für Handelseware II (nicht vollwertige Molkebutter) auf höchstens 1620 M., 3. für althergebrachte Ware auf höchstens 1420 M. für 50 kg. fettsäurefrei.
- 2. Der S 2 Absatz 1 erhält folgende Fassung: Der Preis für Butter, die nicht Molkebutter ist (Handbutter), den der Hersteller beim Verkauf fordern darf, wird auf höchstens 1620 M., für abfallende Ware auf höchstens 1420 M. für 50 kg. fettsäurefrei.
- 3. Die Vorschriften sind gestrichelt, bei Verwendung neuer Sortenorten und neuen Verpackungsmaterials zur Verpackung der Butter für die Verwendung bis zu 20 M. je Zentner geändert in Verbindung zu stellen.
- 4. Sämtliche vorstehende Bestimmung sind einschließlich Umfassung, so daß letztere vom Inkrafttreten nicht besonders in Rechnung gestellt werden darf.
- 5. Diese Verordnung tritt am 1. März 1921 in Kraft. Magdeburg, den 18. Februar 1921.

Lebensmittel-Kalender.

Abgabe von Wehl aus Auslandsmengen. In der Zeit vom 1. bis 15. März 1921 werden in den Wehlverkaufsstellen (Wehlverkaufsstellen) eine Anzahl von Wehl (aus dem Ausland) abgegeben. Der Preis für 100 Gramm beträgt 1,04 Mark. Die Abgabe des Wehles für Anfänger kann erfolgt auf Grund im Kriegsbroschürenausbeute aus dem Ausland. Die Verkaufsstellen haben die gemeinsamen Warenverzeichnis und Besondere bis am 15. März 1921 in der Wehlverkaufsstellen (Städte) abzuholen.

Halle
Restaurants, Kaffees, Vergnügen

Pfeiffer & Haase, Ludwig-Wuchererstr. 76, Ecke Lessingstr.
Weinstuben, Gr. Ulrichstr. 39.

3 Köpfe, A. Ströcher, Halle a. S., Kleine Klausstraße 7.
Konzert- und Künstlerhaus
Auftritten erster Kräfte, Anfang 7 Uhr.

Fledermaus-Weinstuben und Bar, Gr. Ulrichstr. 44
Täglich Künstler-Konzert

Promenaden-Kaffeehaus | **Café Roland**
am Leipziger Turm | Täglich
Täglich Konzert | Künstler-Konzert.

Prinzess-Theater
Schmeerstr. 5 :-: Telefon 2063
Albert Buhmann.

Kammer-Lichtspiele
Grosse Steinstraße 24 Fernruf 2752
Stets die neuesten grünen Schlager
Konkurrenztänze. Billigste Eintrittspreise.

Modernes-Theater Neue Promenade 8.
I. trüb. Kaiser-Wilhelm-Bühne
Täglich Kabarett-Varieté Täglich
7 Uhr Kabarett-Varieté Täglich
7 Uhr

Beth's Bunte Bühne
Jägergasse 1, Ecke Gr. Ulrichstr.
Direktion Rich. Beth Fernruf 1066.
Erstklassiges Kabarett am Platz
1. und 16. Programmwechsel.



Restaurant „Dachrinne“
Mittelstraße 18. Pauchen Jahr.

Bekleidung, Schuhe, Putz usw.

Gelegenheits-Kaufhaus
Schmeerstrasse 5, nur 1 Treppe
Spezialität: Rosenwäsche
Eigene Anfertigung.

System Konkurrenzlos, Inhaber:
Herren-Knaben- und Arbeiterbekleidung,
Leipzigerstraße 11.

F. C. Wissel, Halle a. S., Markt 11.
En gros. Spezialgeschäft für En detail
Tuche und Schneidartikel.

A. Boeningh, Steinweg 18.
Woll-, Weiss- und Kurwaren, Trikotsen,
Kleiderstücke, Busen, Kleiderstoffe.

P. Wolff, Telefon 4315,
Steinweg 20a.
Manufaktur-, Weiss- und Wollwaren.

Gustav Reisch, Herren-Konfektion, Markt 25.
S. Biletzky, Günstiges Angebot in
Leinen- und Baumwoll-
waren. En detail.

Leipzigerstr. 103, 1. Etg.
Gustav Grimm, Kurz-, Weiss-u. Wollwaren,
Trikotsen, Strumpfwaren,
Handschuhe, Herrenartikel.

C. Barthel, Feine Herrenartikel,
Leipzigerstraße 14.

Phil. Hög, Hutware, Kleider,
Ulrichstr. 21.

Leipziger Hut-Preß-Anstalt
Paul Blau, Schmeerstrasse 22.

Franz Schmidt, Spezial-Damen-Putz, Geiststrasse 15 (Adler-
Apothek). Telefon 4568.

Strassburger Hutbazar, Leipzigerstrasse 15
Herren-Hüte, und Mützen in grosser Auswahl.

Schuhhaus Dietze
Untere Gr. Steinstrasse 13.

Schuhhaus Roland
Steinweg 19. Haus stabiler Schuhwaren.

Gebürd Gehlschläger, Schuhwarenhaus, Leipzigerstrasse 16.

Schuhhaus Günther
Grosse Ulrichstrasse 50 — Telefon 5571.

Lebens- u. Genussmittel, Zigarren, Tabak usw.

A. Wagenknecht
Obere Leipzigerstrasse 61-62.
Feinste Konfitüren u. Schokoladen.

Alb. Gentzsch G. m. b. H., Schokolade, Zuckerwaren,
Filialen in allen Stadtteilen.
Heinr. Döller, Leipzigerstrasse 44,
Fernruf 1122. Fernruf 1122.
Verzandhaus für gute und billige
Lebensmittel.

Varieté Bratwurstglöckle

Leonhardt & Schlesinger
Eisenwaren, Haus- und Küchengeräte
Grosse Ulrichstrasse 13/15.

Theodor Domann, Alleiniger Vertreter
des Int. Möbel-T.V.
für Halle und Umgegend, Ludwig-Wucherer-Str. 30.
Fernruf 6236. Möbeltransport — Verpackung —
Lagerung.

Schuhmacher-Rohstoff-Genossen-
schaft, e G. m. b. H., Leder und Bedarfartikel,
Salzgrafenstr. 1, am Hellmarkt.

Teichers Möbelgeschäft, Große Stein-
straße 32, I.
Fernsprecher 3578. Einzelne Möbel und ganze
Wohnungs-Einrichtungen — auch gebrauchte
ausserst billig.

Schuhmacher-Rohstoff-Genossen-
schaft, e G. m. b. H., Leder und Bedarfartikel,
Salzgrafenstr. 1, am Hellmarkt.

Teichers Möbelgeschäft, Große Stein-
straße 32, I.
Fernsprecher 3578. Einzelne Möbel und ganze
Wohnungs-Einrichtungen — auch gebrauchte
ausserst billig.

Kaufe bei Alex Michel.



Musterschütz. Geschäftliche Rundschau u. Zeitungs-Dauer-Fahrplan.

Abfahrt der Züge Weissenfels - Halle - Bitterfeld - Berlin und zurück.

Station	ab	an	ab	an	ab	an	ab	an	ab	an	ab	an
Naumburg	11:14	3:44	4:48	5:48	6:28	6:47	8:08	12:12	3:40	4:48	5:48	6:48
Weissenfels	11:45	4:14	5:14	6:14	6:54	7:13	8:34	12:42	4:10	5:18	6:18	7:18
Merseburg	12:21	4:51	5:51	6:51	7:31	7:50	9:11	13:18	4:42	5:50	6:50	7:50
Halle	12:48	5:18	6:18	7:18	7:58	8:17	9:38	13:46	5:14	6:22	7:22	8:22
Bitterfeld	1:15	5:45	6:45	7:45	8:25	8:44	10:05	14:14	5:46	6:54	7:54	8:54
Wittenberg	1:41	6:11	7:11	8:11	8:51	9:10	10:31	14:42	6:18	7:26	8:26	9:26
Berlin	1:48	6:18	7:18	8:18	8:58	9:17	10:38	15:10	6:50	7:58	8:58	9:58
Wittenberg	2:14	6:44	7:44	8:44	9:24	9:43	11:04	15:36	7:22	8:30	9:30	10:30
Bitterfeld	2:41	7:11	8:11	9:11	9:51	10:10	11:31	16:02	7:54	9:02	10:02	11:02
Halle	3:07	7:37	8:37	9:37	10:17	10:36	11:57	16:28	8:26	9:34	10:34	11:34
Merseburg	3:34	8:04	9:04	10:04	10:44	11:03	12:24	16:54	8:58	10:06	11:06	12:06
Weissenfels	4:01	8:31	9:31	10:31	11:11	11:30	12:51	17:20	9:30	10:38	11:38	12:38
Naumburg	4:28	8:58	9:58	10:58	11:38	11:57	13:18	17:46	10:02	11:10	12:10	13:10

W. bedeutet: Verkehr nur Werktags. Die fett gedruckten Ziffern bedeuten D- oder Schnell-, alle anderen Personenzüge. Letztere halten auf allen Zwischenstationen.

S. Weiss, Grösstes Ausstellungshaus der Provinz Sachsen am Markt.

für Herren- u. Knaben-Bekleidung, Sehens-
würde Auswahl. -:- Vorteilhafte Preise.

Paul Richter Steinweg 53
Telefon 2079
Kolonialwaren: Spirituosen: Wein
Tabak und Zigarren.

Hermann Hartick, Leipziger
Strasse 38
Kolonialwaren Spirituosen Weine.

F. Baumgärtel, Inh.: H. Zander
Kolonialwaren Weine Delikatessen
Telefon 5142 — Friedrichsplatz 9.

Otto Thurmer
Kolonialwaren Weine Delikatessen
Telefon 5142 — Friedrichsplatz 9.

Sprengel & Sinek
Delikatessen und Weinstube
Leipzigerstrasse 2 — Telefon 6414.

Paul Schlaak Nachf., Geiststr. 13.
Inhaber Otto Stawnow.
Rind- u. Schweineschlächterer, Wurstfabrik.
Spezialität: Ausschnitt feiner Fleischwaren,
Hallesche Rot- und Leberwurst. Telefon 1021.

Hamburger Zigarren-Börse,
Brandstädter & Lanzmacker.
Hauptgeschäft: Leipzigerstr. Neue Promenade 16
Zweiggeschäft: Deltzschstr. 3 (Pfeudenhof).
Fernspr. 497-4001. Beste Bezugsquelle f. Wiederverk.

„Brasella“, Zigarettenfabrik,
Berlinerstraße 6. — Telefon 3227.
Billigste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.

Heinz Gronenberg,
Tabakfabrikate — Grosshandlung,
Gr. Ulrichstrasse 27. Fernsprecher 4624.
Beste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.

Max Schmidt, Leipzigerstraße 68,
Grosses Lager in Zigarren, Zigaretten
und Tabaken.

Otto Mertens, Gr. Steinstrasse 32
nab. d. Viktoria-Apotheke
Gr. Ausw. in Zigarren, Zigaretten u. Tabaken
Tel. 5150.

Herbert Winkler Nachf., Inhaber:
Otto Moricke
Zigarren, Zigaretten und Back-Import
Dessauerstrasse 2, am Rosaplatz.

G. Fehling, Billigste Bezugsquelle für
Tabak-Fabrikate.
Gr. Steinstrasse 34.

Allgemeines Möbelhaus
Gr. Ulrichstrasse 33
I., II., III. Etage.
Fernruf 1215.

N. Fuchs, Ganze Wohnanordnungen
sowie einzelne Möbel in grosser Auswahl.
Auf Wunsch bequeme Teilzahlung
:-: Kredit auch nach auswärts. :-:

Th. Pollack, Möbelhaus,
Grosse Ulrichstr. 3.

Friedrich Schirioth
Möbelhaus :-: Kleine Ulrichstrasse 34
H. Bergmann, Inh.: A. Ebeling,
Möbelhaus,
Fleischerstr. 39/31. Telefon 2382. Gegr. 1878.

„Reformbad“, Kl. Klausstr. 14,
Licht- u. Wasserbehandlung, med. Bäder, Massage.

Fahrrad Krause,
Fahrräder u. Ersatzteile. Eigene Reparaturwerkstatt.
Nur Kl. Ulrichstr. 18a, am Axtoria. Telefon 3242

Adler-Fahrräder
Bärenfänger & Co.,
Gr. Ulrichstraße 12.

Xaver Herz, Geiststrasse 65,
Ecke Neumarktstrasse.
Regenschirme, Spazierstöcke,
Tabakpfeifen und Lederwaren.

Max Rädler, Rannischestr. 2.
Farben, Lacke für den Haushalt. Emalle-Lack
für Küchenmöbel. Fussbodenlackfarbe, über
Nacht trocknend (Friedens-Qualität).

Herm. Schmidt, Geiststrasse 23.
Leder-Ausschnitt und Schuh-Bed.-Artikel

Buchmann & Co., G. m. b. H.,
Dessauerstrasse 53. Fernruf 1471 u. 4637.
Kohlen — Holz — Baumaterialien.

Haring & Stracho, Dessauerstrasse 51,
Telefon 6644.
Nutz-u. Grubenhölzer Tischler-u. Glaserholz.

H. Propper G. m. b. H. Fernruf 4540/0000
Mögelbergerstr. 55 & Lagerplatz: 1289
Kohlen-Koks-Brennstoffe

Wilhelm Schubert's Stempel- u. Prägenfabrik,
Gr. Ulrichstrasse 53. Fernspr. 4033
Vereinsabzeichen. Leipzigerstr. 58. Fernspr. 4033

Max Turner, Geiststr. 55, Obere Leipziger-
strasse 66. Gegr. 1867. Nur
Qualität Solinger Stahlwaren. Schleiferei —
Reparaturen.

Emil Herz, Leipzigerstrasse 45.
Schirme, Stöcke, Pfeifen und Lederwaren.

Herm. Müller,
I. und ältestes Spezial-Stahlwarenhaus, Gr. Stein-
strasse 1-2, Leipzigerstr. 20, Schmeerstr. 7-8.

Färberei Galgenberg
Dampfwäscherei. Chemische Reinigung.
— Fernruf 6595.
Älteste und grösste Wäscherei am Platz.
Eigene Läden

Ludwig-Wuchererstr. 7, Landwehrstr. 3, Ecke
Steinweg 12, Niemeyersstr. 1, Steinweg 28
Gr. Steinstr. 56, Geiststrasse 36, Königstr. 25

Möller's Wasch- und Plättanstalt
Bes. Rich. Diedrich. Fleischerstr. 1, Ecke Geiststr.
Spezialität: Herrentärke wäsche.

Hallesche Beerdigungs-Anstalt
„Frieden“
Hermann Gericke,
Fleischerstrasse 10/11. Telefon Nr. 2557.

Beerdigungs-Anstalt Willy Lutz,
Krukenbergstrasse 7. Gegenüber den Kliniken.
Telefon 5920 — Eigenes Geschirf.

Curt Forberg
Gas- und Wasseranlagen.
Barfüsserstrasse 17 — Telefon 5390.

K. Rast, elektr. Anlagen, Ankerreparaturen,
Beleuchtungskörper,
Geiststrasse 28.

R. Voss Leipziger Strasse 1
Verlobungsringe
Eigene Fabrikation

R. A. Otto Herrmann, Maschinbau-
strasse 9,
Grosshandlung in Manufakturwaren.

Albert Monicke, Gr. Steinstrasse 62
Uhren- u. Goldwaren,
Vorteilhaft. Bezugsquelle all. Uhren- u. Goldwaren.
Eigene Uhren- und Goldschmelzwerkstätten.

G. Vester G. m.
b. H.
Bahnspedition u. Möbel-
transport. Telefon 7901.
Washmittel-
Zentrale
Seife, Kämme, Haarschm.
usw. Steinweg 19a.
Bürsten und Seilerwaren
Albert Kunzemann
Leipzigerstr. 25.

Carl Saatz
Drogen, Parfümerien,
Bürstwaren,
Rannischstrasse 6.
Walter Köhn
Steinweg 6. Zuckerwaren.
E. Richter Nachf.
Seifen und Parfümerien.
Leipzigerstrasse 66.

Mitteilungen

Erscheint
aller 14 Tage

der freien Gewerkschaften
in Halle und im Saalkreis

Redaktion:
März 42-44

Nr. 2

Halle a. d. S., den 1. März 1921

1. Jahrg.

An unsere Leser!

Infolge verschiedener Umstände kann zunächst die geplante wöchentliche Erscheinungsweise der „Mitteilungen“ nicht innegehalten werden. Die „Mitteilungen“ erscheinen daher bis auf weiteres aller 14 Tage.

Der Versand der „Mitteilungen“ geschieht durch die einzelnen Gewerkschaftsorganisationen. Wo sie nicht hingelangen, werden die Betriebsräte oder Betriebsobleute ersucht, die für ihren Betrieb benötigte Anzahl Exemplare aus dem Bureau des Gewerkschaftssekretärs Wielepp, Dryanderstraße 10 pt., oder aus dem Gewerkschaftshaus, Zimmer 1, von 9 bis 5 Uhr abholen zu lassen. Ausgabe nur gegen Ausweis des Betriebsrats.

Verlag und Redaktion.

Neuwahl der Betriebsräte.

Arbeiter und Angestellte!

Das Betriebsrätegesetz vom 4. Februar 1920 ist mit dem Tage der Verkündung im „Reichsgesetzblatt“ vom 9. Februar 1920 in Kraft getreten. Spätestens 6 Wochen nach Inkrafttreten des Gesetzes war die erste Wahl zu den Betriebsvertretungen einzuleiten (§ 102 Abs. 1 BGG.), deren amtliche Dauer nach § 18 des BGG. auf ein Jahr bestimmt ist. Durchschnittlich werden die ersten Wahlen im Monat März 1920 stattgefunden haben, mit Ausnahme der Betriebe, die im Laufe des Jahres neu eingerichtet wurden oder solche Betriebe, in denen die Zahl der Beschäftigten eine Höhe erreichte, daß nach dem Gesetz die Wahl eines Betriebsrates vorgenommen werden mußte. Es haben deshalb demnach allgemein die Neuwahlen zu den gesetzlichen Betriebsrätevertretungen bevor. Die Neuwahl tritt automatisch, ohne besondere Aufforderung von staatlicher Stelle ein.

Der unterzeichnete Kartellvorstand und der Allgemeine freie Angestelltenbund haben mit den bisher auf freigewerkschaftlicher Grundlage zusammengesetzten Betriebsräten Fühlung genommen, und es ist zu einer Verständigung dahin gekommen, daß die Neuwahlen der Betriebsräte in Halle und im Saalkreis im Monat März vorgenommen und bis zum 1. April durchgeführt werden sollen. Die Durchführung der Wahlen muß, soweit das noch nicht geschehen ist, von den jetzigen Betriebsräten sofort in Angriff genommen werden. Nachstehend lassen wir die gesetzlichen Bestimmungen folgen, nach denen die Wahlen vorbereitet werden müssen.

Nach § 23 des BGG. hat der bestehende Betriebsrat spätestens 4 Wochen vor Ablauf seiner Wahlzeit mit einfacher Stimmenmehrheit einen aus 3 Wahlberechtigten bestehenden Wahlvorstand und einen der Gewählten zum Vorsitzenden zu wählen. Dieser erlebte Wahlvorstand muß unverzüglich die Neuwahl einleiten, die spätestens nach 6 Wochen stattzufinden hat. Die erste Tätigkeit des Wahlvorstandes ist die Aufstellung einer Liste der Wahlberechtigten im Betriebe, getrennt nach den Gruppen der Arbeiter und Angestellten. Wahlberechtigt sind alle mindestens 16 Jahre alten männlichen und weiblichen Arbeitnehmer, die im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte sind. Maßgebend ist das Alter am letzten Tage der Stimmabgabe. Spätestens 20 Tage vor der Wahl erläßt der Wahlvorstand am zweckmäßigsten durch Aushang im Betriebe ein Wahlausschreiben, in dem die Angabe enthalten sein muß betreffs der Zahl der zu wählenden Betriebsratsmitglieder, aus Arbeitern und Angestellten bestehend, und deren Ergänzungsmittelglieder. Weiter muß bemerkt sein, wo die Wählerliste zur allgemeinen Einsicht ausliegt und bis wann die Vorschlagslisten für die Bewerber einzureichen sind. Die Vorschlagslisten müssen von 3 Wahlberechtigten unterschrieben und wenigstens doppelt soviel Namen enthalten, als Vertreter zu wählen sind. Als Bewerber kann nach dem Gesetz nur in Frage kommen, wer mindestens 21 Jahre alt und deutscher Reichs-

angehöriger ist. Ferner muß er mindestens sechs Monate im Betriebe beschäftigt sein und Ferner oder Gewerbe wenigstens drei Jahre angehören. Die auf Grund des § 25 des BGG. erlassene Wahlordnung zur Wahl der Betriebsräte, Arbeiter- und Angestelltenräte enthält eingehende Vorschriften über die Behandlung der eingereichten Listen, über die Stimmabgabe, Feststellung des Wahlergebnisses und über die ungültige Wahl und Anfechtung einer Wahl. Um eine gültige Wahl zustande zu bringen, muß jeder Wahlvorstand genau die gesetzlichen Formalitäten beachten. Deshalb ist eine genaue Kenntnis der Wahlordnung notwendig; die Wahlordnung ist u. a. in dem Aushangischen Heft: „Das Betriebsrätegesetz“, das in den Buchhandlungen des „Klassenkampf“ und der „Volkstimme“ zu haben ist, abgedruckt; sie kann auch als Sonderdruck zum Preise von 50 Pf. bezogen werden. Vordrucke für Wahlausschreiben und Vorschlagslisten sind vom Gewerkschaftssekretär Wielepp in dessen Bureau, Dryanderstraße 10 pt., von 9 bis 5 Uhr abzuholen. Die Ankosten für die Durchführung der Wahl hat der Unternehmer zu tragen. Über die Auswahl der Bewerber enthält das BGG. die Ordnungsvorschrift, daß bei der Zusammenziehung des Betriebsrates die verschiedenen Berufsgruppen der im Betriebe beschäftigten männlichen und weiblichen Arbeitnehmer nach Möglichkeit berücksichtigt werden sollen. Die Beachtung dieser Ordnungsvorschrift ist im Interesse des Betriebsrates selbst geboten, um dem Betriebsrat den Ausgleich etwa bestehender verschiedener gegensätzlicher Berufsinteressen zu erleichtern. Auch darum, damit der Betriebsrat eine Körperschaft darstellt, in der die verschiedenen speziellen Unterabteilungen der Produktion durch sachkundige Personen vertreten sind.

Um auch den sehr notwendigen Zusammenschluß der Hand- und Kopfarbeiter herzustellen, muß überall darauf hingewirkt werden, daß für Arbeiter und Angestellte nicht getrennte, sondern gemeinsame Listen aufgestellt werden. Dies ist zulässig, wenn die wahlberechtigten Arbeiter und Angestellten vor der Wahl sich in gemeinsamer und getrennter Abstimmung mit Zweidrittelmehrheit dafür erklären.

Weiter ist es notwendig, vor den Neuwahlen Bewerber auszuwählen, die über Charakter, Festigkeit Wissen und Können und über eine auf längerer gewerkschaftlicher Tätigkeit beruhende Erfahrung verfügen.

Bei der Aufstellung der Vorschlagslisten muß unter allen Umständen vermieden werden, daß die freigewerkschaftlich organisierten Kollegen und Kolleginnen verschiedene Listen aufstellen; es sind im Gegenteil in allen Betrieben einheitliche Listen der freien Gewerkschaften aufzustellen. Jeder Versuch, in den Reihen freigewerkschaftlicher organisierter Kollegen und Kolleginnen mit nach Parteianschauungen getrennten Listen vorzugehen, muß zurückgewiesen werden. Ebenso ist aber auch jedes Kompromiß mit Gewerkschaften, die nicht dem ADGB. und dem Afa-Bund angehören, im Interesse der Einheit unserer Bewegung und unserer Kampfkraft gegenüber den Unternehmern unter allen Umständen auszuschließen.

Wenn nach diesen Grundfäden bei der Aufstellung der Kandidaten verfahren wird, unterliegt es keinem Zweifel, daß die Kollegen und Kolleginnen Betriebsvertretungen bekommen, die befähigt sind, sich einen Einfluß zu erwerben, der über die formalen Befugnisse des Betriebsrätegesetzes hinausgeht. Die papiernen Schemata des BGG. werden solche Betriebsvertretungen nicht hindern, an der gewissenhaften Wahrnehmung der mannigfachen Arbeiterinteressen auf dem Gebiete des wirtschaftlichen und sozialen Lebens ihre Pflicht zu tun.

Der kommissarische Kartellvorstand.

J. A.: Willi Hesse, Vorsitzender.

Allgemeiner freier Angestelltenbund.

J. A.: Bernhard Müller.

Die Aufgaben der Betriebsräte.

Das Betriebsrätegesetz, des am 9. Februar 1920 in Kraft getreten ist, entspricht nicht den Wünschen, die die Arbeiterklasse in bezug auf ein weitgehendes Mitbestimmungsrecht im Produktionsprozess hegt. Das Gesetz ist deshalb auch nur unter schärfstem Protest eines großen Teils der arbeitenden Klasse in seiner jetzigen Fassung beschlossen worden. Was dieses Gesetz der arbeitenden Klasse bietet, reicht nicht wesentlich über das hinaus, was schon den Arbeiteranschüssen vor der Revolution rechtlich zustand. Die Revolution und die damit neu erwachten weitergehenden Forderungen der Arbeiterklasse sind mithin ohne Einfluß auf die Gestaltung des Betriebsrätegesetzes geblieben, trotzdem nach den erfolgreichen Kämpfen, die die Arbeiterklasse im Jahre 1919 um ein weitgehendes Mitbestimmungsrecht geführt hat, die damalige Regierung das Versprechen abgegeben hatte, diesen Wünschen Rechnung zu tragen. Die Regierung hat ihr Versprechen nicht einzuhalten vermocht, weil der Widerstand bei den Vertretern der bürgerlichen, kapitalistisch denkenden Parteien gegen ein derartiges Mitbestimmungsrecht zu stark war und die ausschlaggebende Sozialdemokratische Partei (S.D.) einen Kampf der Arbeiterklasse gegen den Kapitalismus außerhalb des Parlaments nicht für zweckmäßig hielt.

Wir müssen uns also zunächst mit der Tatsache abfinden, daß das Betriebsrätegesetz den Betriebsräten nur einen beschränkten Einfluß auf die Vorgänge im Betrieb und auf das gesamte Wirtschaftsleben einräumt. Die Aufgaben der Betriebsräte beruhen nach dem Betriebsrätegesetz im wesentlichen darin, „den Betrieb vor Erschütterungen zu bewahren“, also Streitigkeiten zwischen Arbeitern und Unternehmern zu schlichten und auf die Durchführung gesetzlicher, tariflicher und sanitärer Vorschriften zu achten. An sonstigen Rechten steht den Betriebsräten nur eine sehr beschränkte Einsicht in die Betriebsvorgänge zu und durch ein noch zu schaffendes Gesetz soll ihnen in Unternehmungen, für die ein Aufsichtsrat besteht, eine Vertretung in diesen zuteilen.

Nachdem das Betriebsrätegesetz ein Jahr in Kraft ist, wissen wir, daß ein erheblicher Teil der Betriebsräte noch nicht einmal die bestehenden Rechte, die ihnen das Gesetz einräumt, voll zur Anerkennung durch die Unternehmer zu bringen vermocht hat. Bei dem starken Widerstand, den die meisten Unternehmer dem Gesetz auch noch nach seinem Inkrafttreten entgegenstellen, bedarf es äußerster Geduld und energischer Betriebsräte mit möglichst reicher Erfahrung auf wirtschaftlichem, gewerkschaftlichem und politischem Gebiet, um sich bei diesen Unternehmern durchzusetzen und den gesetzlichen Bestimmungen Geltung zu verschaffen. Die erstmalige Wahl hat ergeben, daß nicht immer die geeigneten Personen in die Betriebsvertretungen hineingewählt worden sind. Dieser Fehler muß diesmal bei der Neuwahl vermieden werden. Nur wirklich tüchtige Personen, die ausreichende Kenntnisse besitzen, einen festen Charakter haben und energisch ihren Standpunkt zu vertreten vermögen, sollten mit einem Amt in der Betriebsvertretung bedacht werden.

Diese Voraussetzungen, die bei der bevorstehenden Neuwahl der Betriebsräte im Interesse der Arbeiterklasse unbedingt zu beachten sind, kommen auch noch aus einem anderen Grunde in Frage. Die wirtschaftlichen Verhältnisse zwingen die unter ihnen am meisten leidende Arbeiterklasse, zur Durchführung eines weit über das Betriebsrätegesetz hinausreichendes Mitbestimmungsrecht im Produktionsprozess zu streiten. Die kapitalistische Wirtschaftsform beweist tagtäglich von neuem, daß sie uns nicht aus dem wirtschaftlichen Elend herauszubringen vermag, es sei denn unter vermehrter Ausbeutung und neuer furchtbarer Bedrückung der arbeitenden Klasse, sowie Schonung des Kapitals. Daraus kann sich die Arbeiterklasse natürlich nicht einlassen und legt aus diesem Grunde den Forderungen der kapitalistischen Klasse ihre eigenen entgegen, womit sie die Wirtschaft wieder in die Höhe bringen will. Diese Forderungen sind die nachstehenden:

Durchführung der Sozialisierung des Kohlenbergbaues gemäß den Forderungen der Spitzenorganisationen und des ersten Reichstages der Betriebsräte Deutschlands,

Kontrolle der Produktion und die reiflose Zusammenfassung der Arbeiter und Angestellten in den Betrieben gemäß den Beschlüssen des ersten Reichstages der Betriebsräte Deutschlands,

Durchführung des vollen Mitbestimmungsrechts in allen Fragen der Wirtschaftsführung, wie sie durch Artikel 165 der Reichsverfassung gewährleistet, aber durch das Betriebsrätegesetz in seiner jetzigen Fassung nicht zugelassen worden ist, und

Überführung der kapitalistischen Profitwirtschaft in die sozialistische Gemeinwirtschaft.

Für diese Forderungen einzutreten und jeder für seinen Teil an der Durchführung mitzuwirken, das ist die wichtigste Aufgabe der neuwählenden Betriebsräte. Um diese Aufgabe zu erfüllen, genügt es nicht, in Versammlungen oder an anderen Orten „radikale“ Reden zu halten, sondern es gehört dazu eine eiserne Energie, eine feste Überzeugung von der Notwendigkeit der genannten Ziele und vor allen Dingen gründliche Schulung in allen in Betracht kommenden Fragen.

In den Betriebsversammlungen, die demnächst stattfinden müssen, um zu den Betriebsratsfragen Stellung zu nehmen, sind die obigen Forderungen mit zur Debatte zu stellen, und ist dabei schon auf die Auswahl der Kandidaten sorgfältig zu achten. Die Kollegen und Kolleginnen in den Betrieben, die ihren Klassenstandpunkt noch nicht erkannt haben, sind aufzuklären und müssen restlos für die freien Gewerkschaften gewonnen werden, die zur Verwirklichung der sozialistischen Forderungen beitragen wollen.

Kollegen und Kolleginnen! Erklärt durch die Wahl von freigewerkschaftlichen Betriebsräten Euren Willen, die Forderungen der freien Arbeiter- und Angestelltengewerkschaften zur Durchführung zu bringen:

**Für die sozialistische Gemeinwirtschaft!
Gegen die kapitalistische Profitwirtschaft!**

Die Unschuldlämmer.

Die Einsetzung eines kommissarischen Kartellvorstandes durch den Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat die unter kommunistischer Parteiführer stehenden Sonderbündler in Halle in eine Verwirrung gebracht. Solange die Dinge liegen ohne daß jemand dazwischen fuhr, glaubte man, daß Halle eine Extrawurst gebacken werde, und daß sich die hallischen Gewerkschaften nicht nach den Beschlüssen zu richten brauchen, die von den maßgebenden Organen gefaßt und im ganzen Reich — außer in Halle — anerkannt wurden, wenn auch einzelne Teile nicht mit diesen Beschlüssen einverstanden waren. Besonders in der Frage der Betriebsräteorganisation wollte man in Halle absolut nicht dem Beschlüsse des Betriebsrätekongresses nachkommen, wonach die Betriebsräte durch die freien Gewerkschaften organisch zusammengefaßt werden sollen. In Halle hielt man daran fest, die Betriebsräte durch die Wirtschaftliche Mateorganisation (W.M.O.) zu erfassen, eine Organisation, die völlig in der Luft schwebt und trotz ihres zweijährigen Bestehens irgendeine praktische Leistung nicht vollbracht hat. Schließlich ging das Gewerkschaftskartell in Halle sogar so weit, sich mit der W.M.O. verschmelzen zu wollen, und nur dem Umstande, daß die W.M.O. aus durchschlagenden Gründen an einer solchen Fusion kein Interesse hatte, ist es zu verdanken, daß der Beschluß wieder rückgängig gemacht wurde.

Nachdem der alte Kartellvorstand (Vorsitzender Bachmann) auf diese Weise vor einem Sündenfall bewahrt geblieben ist, muß er (in Gestalt des jetzt gewählten Vorsitzenden Weber) den Unschuldlämmer. In einem langen, an den Vorstand des A.D.G.B. gerichteten Schreiben wirft er verschiedene Fragen auf, um zu erfahren, inwiefern er gesündigt habe. Er fragt, gegen welche Paragraphen des Ortsstatuts der Kartellvorstand verstoßen habe. Wenn dies geschehen sei, dann hätte der Vorstand des A.D.G.B. den Kartellvorstand warnen und ihn befehlen sollen. Statt dessen sei letzterer verurteilt worden, ohne die Anklageschrift erhalten zu haben und ohne daß ihm Gelegenheit gegeben sei, sich zu verteidigen.

Die reinen Unschuldlämmer sind es, die Weber und Genossen! Sie wollen nicht gewinkt haben, daß sie mit ihren Beschlüssen gegen die Beschlüsse und Richtlinien des A.D.G.B. verstoßen haben. Aber ist ihnen das nicht dühende Male von anderer Seite in Vorstandes- und Kartellversammlungen gesagt worden, und hat man ihnen nicht stets die Folgen ihrer Handlungsweise vor Augen geführt? Damals sah man jedoch hoch zu Ross und erklärte einfach: In Halle machen wir das so! Haben denn Weber und Genossen, nachdem sie Notgedrungen auf den Zusammenschluß mit der W.M.O. verzichtet mußten, ihre Politik und damit ihre Sonderstandpunkte aufgegeben? O nein, daran denken sie gar nicht. Sie tun nicht das Mindeste, um nun auch positiv in der Zusammenfassung der Betriebsräte auf freigewerkschaftlicher Grundlage Maßnahmen zu treffen. Es besteht immer noch ein Beschluß, wonach der W.M.O. — also einer Gegenorganisation — das Recht der Teilnahme an den Sitzungen des Kartellvorstandes zusteht. Auch Gewerkschaftsversammlungen werden noch zusammen mit dieser Gegenorganisation einberufen. Der zweite Vorsitzende des Kartells, Bachmann, ist zugleich Sekretär der oeanerischen W.M.O. usw. Das sind alles Dinge, die zwar nicht gegen den Wortlaut der Paragraphen des Ortsstatuts verstoßen (sein Statut kann natürlich nicht auf alle Einzelfälle im Wortlaut Bezug nehmen), die aber doch gegen den Geist der Richtlinien und Beschlüsse der freien Gewerkschaften verstoßen. Dazu kommt, daß der alte Kartellvorstand nach wie vor sich auch ganz unter den Einfluß einer politischen Partei stellt, trotzdem der Nürnberger Gewerkschaftskongress die parteipolitische (nicht zu verwechseln mit „politische“) Neutralität beschlossen hat. Nach den Richtlinien dieser (kommunistischen) Partei soll die Gewerkschaftsbewegung ganz ins kommunistische Lager übergeführt werden, was ohne Zweifel eine Begründung der Gewerkschaften bedeutet.

In dem Schreiben an den Vorstand des A.D.G.B. verlangt nun der alte Kartellvorstand zu wissen, welche Lässigkeit er denn ausüben solle. Die Verfasser des Schreibens halten sich doch hoffentlich nicht selbst für so dumm, daß sie nicht wissen sollten, welche Lässigkeit von ihnen verlangt wird. In dem Antwortschreiben, das ihnen zuteil geworden ist, wurde ihnen bereits gesagt, daß ihnen schon in der Vorstandeskonferenz am 10. Februar ausein-

anderaufgeht worden sei, wie sie sich zu verhalten haben. Zunächst wurde verlangt, daß eine Neuwahl der Kartelldelegierten zu erfolgen habe, denn hier lag sogar eine klare Verletzung auch des Wortlauts des Ortsstatuts vor, das verlangt, daß der Ortsausschuß aus Vertretern der Ortsverwaltungen der Gewerkschaften gebildet werden müsse. Das ist in letzter Zeit vielfach nicht mehr innegehalten worden. In dem Schreiben des alten Kartellvorstandes erklärt sich dieser zwar bereit, für Neuwahlen einzutreten, bis jetzt ist dem kommissarischen Kartellvorstand aber von verschiedenen Organisationen noch keine Mitteilung von vorgenommenen Neuwahlen und deren Resultat zugegangen, so daß anzunehmen ist, daß man sich darum nicht kümmern will.

Ferner wird nicht mehr verlangt, als daß die Ortsverwaltungen und der Kartellvorstand die Erklärung abgeben sollen, in Zukunft streng nach den Richtlinien des A D G B. zu wirken. Diese Erklärung kann jeder abgeben, wenn er für die Einheit der Gewerkschaftsbewegung wirklich eintritt. Damit wird ihm die Zugehörigkeit zu irgendeiner Partei und seine Stellungnahme in Wort und Schrift zu irgendeiner Gewerkschaftsfrage nicht verboten.

Etolenge die Ortsverwaltungen und der alte Kartellvorstand sich nicht klipp und klar zu dieser Erklärung aufschwingen können, denkt der Vorstand des A D G B. — wie er in seinem Antwortschreiben betont — nicht an die Aufhebung seiner Maßnahmen. Daß durch den Zwist verschiedene Aufgaben der politischen Gewerkschaftsbewegung vorübergehend nicht erfüllt werden können, trifft leider zu. Den Schaden, der dadurch entsteht, müssen jedoch diejenigen verantworten, die sich der erforderlichen Disziplin nicht fügen wollen und glauben, jeder könne machen, was er wolle. Wo bliebe die Einheit einer Organisation, wenn überall Disziplinlosigkeit einriße und keine ordnende Hand einwirke? Weiter nichts als letzteres ist zusehen, und der kommissarische Kartellvorstand wird sein Mandat zurückgeben, wenn dem Bundesvorstand Gewähr dafür abgeben ist, daß ein erwählter Kartellvorstand seine vornehmste Aufgabe darin erblickt, für die Einheit der Gewerkschaftsbewegung einzutreten. Bei den Mitglieðern und besonders bei den Ortsverwaltungen liegt es, daß der jetzt bestehende, keinen Teil befriedigende Zustand so schnell wie möglich beseitigt wird. Kein Versteckspielen soll getrieben werden, sondern offenes und freimütiges Handeln. Dann werden wir auch in Halle wieder zu einer Gewerkschaftsbewegung kommen, die der Arbeiterschaft zum Segen gereichen, den Unternehmern aber als ein gefürchteter Geener gegenüberstehen wird. In die Gewerkschaftsvorstände in Halle richten wir deshalb auch an dieser Stelle die Aufforderung, den kommissarischen Kartellvorstand so lange anzuerkennen, bis nach Eintritt geordneter Verhältnisse auf Grund einer Neuwahl ein neuer Kartellvorstand gebildet werden kann!

Die Gewerkschaften unter kommunistischer Führung.

Es gab eine Zeit, da wollten die Kommunisten von den Gewerkschaften nichts wissen. Nach ihrer Ansicht waren die Gewerkschaften konterrevolutionäre Einrichtungen, die zu bekämpfen seien, und den Arbeitern wurde der Austritt aus den Gewerkschaften empfohlen. Da die Arbeiter zur Erbringung besserer Löhne und Arbeitsbedingungen sowie zur Abwehr von Verschlechterungen durch die Unternehmer aber doch so etwas Ähnliches wie eine Gewerkschaft brauchen, gründeten und förderten die Kommunisten Organisationen, die sich auf den Betrieb aufbauten und die man deshalb Betriebsorganisationen oder mit einem anderen Namen Arbeiterunions nannte. Diese Betriebsorganisationen traten gewöhnlich recht radikal auf, erreichten aber Zugeständnisse seitens der Unternehmer nur dort, wo die Konjunktur ihnen günstig war oder in Betrieben von Gemeinden, wo sozialistische Mehrheiten die Verwaltung beherrschten und gegen die Forderungen der Arbeiter keine Stellung nahmen. Eine weitere Stützstätte dieser Unions sind Krankenkassen, Krankenvereine usw., wo sich die Arbeiter und Angehörigen in ihrem Arbeitsverhältnis sicher fühlen und wo Radikalismus nicht so gefährlich ist wie in einem privaten Betriebe. Der Vorteil der Unions besteht auch darin, daß die Beiträge sehr niedrig sind, weil sie keinerlei Unterstützungseinrichtungen haben und selbst die Streiklocher durch Sammlungen aufgebracht werden müssen. Wer in feher Arbeit steht, wie städtische Arbeiter und Angestellte sowie Arbeiter und Angestellte in Konsumvereinen und Krankenkassen, der kann leicht auf Arbeitslosenunterstützung usw. durch die Verbände verzichten, und er spart die Beiträge, wenn er nur an sich denkt und nicht auch an seine Berufskollegen, die nicht so glücklich sind wie er.

Die Arbeiterunions wollten aber trotz der Reklame, die für sie gemacht wurde, nicht recht gedeihen, und da es der kommunistischen Partei auch an einem weiteren Rekrutierungsgebiet fehlte, aus dem sie sich Anhänger holen konnte, befaßte sie sich wieder und forderte nun umgekehrt zum Eintritt in die freien Gewerkschaften auf. Auf dem kommunistischen Parteitag in Ostberga kam es deshalb zum Beschluß, da eine Minderheit nicht mitmachen wollte, aus der Partei austrat und eine neue Partei gründete, die kommunistische Arbeiterpartei. Bis Oktober 1920, so lange die kommunistische Partei noch klein war, beschränkte sich die Tätigkeit der Kommunisten in den Gewerkschaften darauf, ebenso wie die der

Anbahnungen, den Arbeitsgemeinschaftsgedanken zu bekämpfen, den Zusammenschluß zu Industriebereichen zu propagieren und in den Gewerkschaften mehr als je politische Fragen zu erörtern. Ein besonderes Stedenpferd ritten sie eine Zeitlang noch durch die Parole: Bildung von politischen Arbeiterräten in den Gewerkschaften; auch erklärten sie sich in der Mehrzahl für selbständige Betriebsräteorganisationen.

Nach der Spaltung der USPD. in Halle und dem Zusammenschluß des linken Flügels mit der kommunistischen Partei begannen die nun vereinigten Alt- und Neukommunisten eine zielbewusstere Tätigkeit in den Gewerkschaften, die von Moskau anbefohlen war und, wie schon ausgeführt, auf die Spaltung der gesamten Gewerkschaftsbewegung hinarbeitete. Was dann werden würde, wenn die Kommunisten einen stärkeren Einfluß auf die Gewerkschaften gewannen, das zeigt uns die bisherige Taktik der kommunistischen Partei, die nichts weiter als Mißerfolge aufzuweisen hat und den Arbeitern nur geschadet hat.

Die kommunistische Partei empfiehlt bekanntlich die Gewaltanwendung und den Terror (körperlichen und moralischen Zwang gegen Andersdenkende). Jeder, der sich nicht freiwillig den kommunistischen Anordnungen fügt, wird durch den Terror dazu gezwungen. In den Betrieben, wo Kommunisten zum Vertreten sind oder wo ihnen keine Energie entgegentritt, werden nichtkommunistische Arbeiter gezwungen, der kommunistischen Partei beizutreten, kommunistische Zeitungen zu lesen, kommunistische Versammlungen oder Veranstaltungen zu besuchen, Gelder für kommunistische Zwecke herzugeben usw. Wer das nicht tut oder gar das Gegenteil, der wird so lange schikaniert, bis er selbst die Arbeit aufgibt. Diese skandalöse Bestimmungspresselei vollzogen Leute, die sich nicht genug darüber entrichten können, wenn die Organe des bürgerlichen Massenstaates mit ähnlichen Mitteln arbeiten. Natürlich ist ein solcher Zwang horrender Blödsinn, denn wer auf diese Art zu etwas gezwungen wird, der wird doch kein Kämpfer für die ihm aufgezwungene Idee, im Gegenteil, sein Machegefühl wird ihn gelegentlich dazu treiben, sich gegen die Terroristen zu wenden.

Nun malen die Kommunisten dauernd die nahebe Weltrevolution an die Wand. Wenn irgendwo in der Welt eine Streikbewegung, Arbeitslosendemonstrationen oder Lebensmittelmisbräuchen ausbrechen, dann wittern die Kommunisten dahinter gleich dem ehemaligen preussischen Minister Puttkamer die Hydra der Revolution. Sie meinen, so ein lokales Ereignis müsse um sich greifen und das ganze Land erfassen, die Grenzen und Meere überspringen und dann stände die ganze Welt in Flammen. Der Endstampf zwischen den Kapitalisten der ganzen Welt und dem Weltproletariat würde einleken, und in kurzer Zeit hätten dann überall die Arbeiter die politische Macht erlangen, wonach dann der Sozialismus in aller Gemütlichkeit eingeführt werden könnte.

Diese Denkweise bringt es mit sich, daß die Kommunisten auf praktische Arbeit im öffentlichen Leben (ausgenommen, was ihre Partei betrifft) so gut wie gänzlich verzichten, sondern sich nur auf das Kritizieren verlegen. Wenn sie dennoch positive Gegenwertsforderungen erheben, dann tun sie das der Parteireklame wegen. Wenn ihre Forderungen dann nicht bewilligt werden, dann fangen sie an auf die zu schimpfen, die wenigstens einen Teil durchzuführen vermöchten. Am liebsten ist ihnen immer ein Streik, so umfangreich wie möglich, weil sie dann die Unzufriedenheit der Streikenden im Parteiinteresse auszunutzen hoffen. Für Streiks treten die Kommunisten ein, auch wenn keine Aussichten auf Erfolg winken. Hunderte von Streiks, die von Kommunisten inszeniert wurden, sind schon verloren gegangen, weil keine Mitleid auf die wirtschaftliche Konjunktur genommen wurde. Weil die Gewerkschaftsvorstände für solche sinnlosen und zum Scheitern verurteilten Streiks die Verbandsgehälter nicht opfern wollen, werden sie als Verräter beschimpft.

Wenn die Kommunisten den Karren in den Dreck geschoben haben, dann kommen sie zu den „Verrätern“ und betteln um Hilfe. Gewöhnlich haben die Arbeiter dann schon beträchtliche, aber nutzlose Opfer gebracht. Die meisten Arbeiter, die noch zu denken vermögen, folgen daher den kommunistischen Kackelköpfen nicht mehr und ziehen sich von ihnen zurück. Sie wissen, daß eine Streikklasse schnell leer, aber nicht so schnell wieder gefüllt ist und daß noch Zeiten kommen können, wo ein Streik gewagt werden muß, um Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen abzuwehren. Die Reaktion ist auf dem Marsche, und Achtundachttag, Koalitionsrecht, Versammlungsstreikheit sowie andere Erundenschäften sind in Gefahr.

Will die Arbeiterschaft durch sinnlose Putz- und Streiks geschwächt ihren Feinden gegenüberstehen, dann möge sie den Kommunisten die Führung übergeben. Will die Arbeiterschaft aber für jeden Streik der Reaktion gerüstet sein, dann bewahre sie kaltes Blut, verhalte ruhig und überlegen denken Führern und werfe die Taktik der Kommunisten zurück. Der Kampf gegen die Reaktion kann nicht mit Leuten geführt werden, die mit Versprechungen und Reuerschreien zertümmern, sondern dazu müssen wir ernsthafte Männer und Frauen haben, die die Schwere des Kampfes kennen und ihn trotzdem aufnehmen. Befreien wir uns von der Arieaptschule, die auch das Maulheldentum gelehrt hat. Nicht der ist radikal, der das Maul weit aufreißt und davon läßt, wenn es krenzlich wird, sondern derjenige, der die wirtschafts-

sichen und politischen Verhältnisse reiflich studiert und zapackt, wenn es angebracht ist. An die Arbeiterschaft liegt es nun, sich ihre Führer zu wählen.

Nicht nach meinen Worten . . .

In jeder Nummer beteuert der „Klassenkampf“ mit ehrbarster Miene von der Welt und mit starken Worten, er verurteile jede Gewerkschaftszersplitterung und trete für die Geschlossenheit der Gewerkschaften ein. Was von diesem in der Öffentlichkeit zur Schau getragenen Getue zu halten ist, dafür bilden folgende zwei kleinen Vorgänge einen schlagenden Beweis. Die früheren Angestellten der Filiale Halle des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter haben in trauriger Gemeinschaft mit einem Angestellten des Verbandes der Kopf- und Handarbeiter die Filiale des zuerst genannten Verbandes zersplittert. Wegen den angeblichen Hauptschuldigen Paul Letsch hat die kommunistische Reichsgewerkschaftszentrale den Ausschlußantrag aus der RWFD gestellt. Einen Ausschlußantrag, den kaum ein Mensch ernst nehmen kann, da die Mitschuldigen ungeschoren bleiben sollen und ihr gewerkschaftsschädigendes Treiben unbeirrt fortsetze. Die Ortsverwaltung Königsberg i. Pr. des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter bildet anscheinend eine Ausnahme; sie setzt den ehrlichen Willen der Ausschlußantragsteller voraus. Diese Verwaltung, die sich in der Mehrheit aus Kommunisten zusammensetzt, verurteilt in einer Entschließung das arbeiterschädigende Verhalten ihrer Gesinnungsgenossen in Halle und verlangt, daß der Ausschlußantrag auf alle Hauptbeteiligten ausgedehnt wird. Allen Hallischen Arbeiterblättern ist diese Entschließung mit der Bitte um Abdruck übermittelt worden. „Volkstimme“ und „Volkzeitung“ haben diese Entschließung gebracht, der „Klassenkampf“ nicht.

Bei der Zerstörung der Filiale Halle des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter ist mit den unsaubersten Mitteln gearbeitet worden. Den zum erheblichen Teil nicht aufgeklärten Mitgliedern hat man die Mitgliedsbücher, angeht sich zur Kontrolle, abgenommen und ihnen dann später ein Mitgliedsbuch des Verbandes der Kopf- und Handarbeiter ausgehändigt. Einigen, die sich näher befragten, wurde geantwortet: „Der Name des Verbandes ist geändert.“ (1) Der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter sandte daraufhin an die hiesige Arbeiterpresse nachstehend wiedergegebene Notiz und das untenstehende Inserat:

„Einer erheblichen Anzahl von Mitgliedern des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter sind unter unklaren, zum Teil unwahren Darstellungen Beiträge abgenommen, die dem Verband der Kopf- und Handarbeiter zugeführt sind. Auf Antrag einer Anzahl betroffener Mitglieder hat der Vorstand beschlossen, die an den Verband der Kopf- und Handarbeiter gezahlten Beiträge auf die Mitgliedschaft beim Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter anzurechnen, wenn die in Frage kommenden Kolleginnen und Kollegen sich umgehend unter Vorlegung ihres Mitgliedsbuches oder Karte im Bureau, Dryanderstraße 10, Zimmer 3, melden, oder ihr Buch einem mit grüner Karte sich ausweisenden Vertrauensmann des Verbandes übergeben.“

Der Vorstand.

Das Inserat lautet:

Bekanntmachung für die Gemeinde- und Staatsarbeiter.

Die von den Mitgliedern des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter irrlich an den Vorstand der Kopf- und Handarbeiter gezahlten Beiträge werden angerechnet, wenn die Erklärung, daß die Mitgliedschaft aufrechterhalten wird, vor dem 1. März 1921 abgegeben ist.

Der Vorstand des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Halle (Saale), Dryanderstraße 10.

Die „Volkstimme“ sowohl wie die „Volkzeitung“ brachten die Notiz und, wie beauftragt, das Inserat am Mittwoch, dem 16. Februar, der „Klassenkampf“ brachte die Notiz überhaupt nicht. Dafür das Inserat erst am Donnerstag und unmittelbar darunter ein Inserat des Verbandes der Kopf- und Handarbeiter mit folgender Aufforderung an die Gemeinde- und Staatsarbeiter: „Wir bitten alle Mitglieder, die Beiträge an den Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter gezahlt oder noch zu zahlen haben, sich unverzüglich auf unserem Bureau, Satz 42/44, Zimmer 15, zu melden.“

Was soll diese Aufforderung? Ist der Verband der Kopf- und Handarbeiter im Besitze von Beitragsmarken des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter? Zwei frühere Unterklassierer, die mit zum Kopf- und Handarbeiterverband übergetreten sind, haben bis heute die Abrechnung vergessen.

In der gleichen Nummer des „Klassenkampfes“ versucht dann die Hallische Leitung des Verbandes der Kopf- und Handarbeiter ihr Treiben zu rechtfertigen, wobei es ihr auf einige faulstidige Unwahrheiten nicht ankommt. Interessieren dürfte aber folgender Schlußsatz derselben:

„Es ist deshalb zu begreifen, daß die Hallischen Gemeindearbeiter nach Rücksprache mit der Reichsgewerkschaftszentrale wieder in ihre zünftige Gewerkschaft eintraten, um sie zugleich mit den Kollegen an anderen Orten zu einer Kampforganisation zu machen.“

Statt „Rücksprache mit der Reichsgewerkschaftszentrale“ ist zu lesen „Anordnung der vorgelegten Dienststelle.“ Wertvoll ist das Eingeständnis, daß der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter die zünftige Organisation der Gemeinde- und Staatsarbeiter ist, was die Hallischen Staatsarbeiter ohne Ausnahme und die Hallischen Gemeindearbeiter zum nicht unerheblichen Teil schon vorher bezeugt haben, daß sie dem Verbande der Gemeinde- und Staatsarbeiter treugeblieben sind. Eine Tatsache, die mit dazu beitragen dürfte, daß die Organisationszersplitterung nunmehr zum Rückzug blasse. „Zu einer Kampforganisation wollen sie, die Abgesplitterten, den Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter wieder machen,“ diese Bemerkung wirkt köstlich, wenn man die tatsächlichen Verhältnisse damit vergleicht. Der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter hat vor einigen Tagen Lohnvereinbarungen für die Staatsarbeiter abgeschlossen, die allen in Frage kommenden Kolleginnen und Kollegen wesentliche Lohnaufbesserungen gebracht hat. Wenn diese Zeiten in Druck erscheinen, dürfte auf zentraler Grundlage ein Lohnzettel für das Personal in den staatlichen Ministerien und ähnlichen Anstalten abgeschlossen sein, der gleichfalls für alle Beteiligten wesentliche Lohnaufbesserungen bringt. Vor wenigen Tagen hat die Filiale Berlin des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter die Lohnbewegung der dortigen Gemeindearbeiter mit gutem Erfolge beendet, und was ist bisher aus der Lohnbewegung der hiesigen Gemeindearbeiter unter „glorreicher“ Führung geworden?

Im übrigen noch eine Schlussbemerkung: Haben sich die Freunde der „Objektivität“ und der „Wahrheitsliebe“ nicht wieder einmal selber in einer Weise charakterisiert, wie es treffender von anderer Seite nicht hätte geschehen können?

Die RWFD. vor ihrem Ende.

Die Wirtschaftliche Räte-Organisation des Bezirks Halle-Leipzig ist im Bezirk, dem Beispiel ihrer Schwesterorganisationen in Berlin, Rheinland u. a. zu folgen und sich aufzulösen. Am Sonntag, dem 27. Febr., tagte im „Volkspart“ eine Konferenz der Betriebsräte Mitteldeutschlands, die zu den veränderten Verhältnissen nach dem Betriebsrätekongreß und nach der Spaltung der RWFD, sowie zu der von der RWFD. betriebenen Gewerkschaftspolitik Stellung nehmen sollte. Nach einem Referat von Bernhard Koenen wurde eine Resolution angenommen, die besagt, daß „die Lösung der Aufgaben, die sich die RWFD. gestellt hat, verlangen, daß die der RWFD. angehörenden Betriebsräte mehr als bisher die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften herstellen.“ Damit wird zugestanden, daß man bisher zumgunsten der Arbeiterschaft die Gewerkschaften ausgeschaltet hat, was natürlich von einer Organisation, die im Gegensatz zu den Gewerkschaften gegründet ist, nicht anders zu erwarten war.

Eine endgültige Auflösung der RWFD. ist allerdings noch nicht beschlossen worden, doch wird sie nun wohl ihrem Ende entgegengehen. Ihre Schilbhalter versuchen es ja jetzt mit einem neuen Experiment, der kommunistischen Zellenbildung. So wird an der Gewerkschaftsbewegung dauernd herumexperimentiert, ohne daß der Arbeiterschaft damit gedient werden könnte. Am Ende wird die Arbeiterbewegung dadurch mehr gelähmt, als durch die „Bremser“. Deshalb muß es die Arbeiterschaft ablehnen, eine solche Hin- und Her-Politik zu unterstützen.

Kommunistische Gewerkschaftstaktik.

Daß es der Kommunistischen Partei, wenn sie zu Lohnbewegungen Stellung nimmt, nicht darum zu tun ist, daß die Arbeiterschaft unter möglichst geringen Opfern greifbare Erfolge erzielt, läßt sich an der Hand vieler Beispiele nachweisen. Schon die Leitsätze, die z. B. von dem Bezirksverband Berlin-Brandenburg der Kommunistischen Partei „für die kommunistische Arbeit in Betrieben und Gewerkschaften“ herausgegeben sind, zeigen dies mit aller Deutlichkeit. Heißt es doch darin u. a.:

„Die Kommunisten haben die Differenzen, die sich aus den Forderungen und Bedürfnissen der Arbeiterklasse und den bestehenden bürgerlichen Gesetzesbestimmungen ergeben, mit Bewußtsein auf die Spitze zu treiben.“

Wohin eine derartige Taktik führt, das beweist auch der Helmsdorfer Landarbeiterstreik. Der kommunistische „Freie Mitteldeutsche Landarbeiterverband“, eine Gegenorganisation zu dem freigewerkschaftlichen Landarbeiterverband, trieb die Differenzen auf die Spitze und proklamierte den Streik. Nach zehnwöchentlicher Dauer mußte der Streik abgebrochen werden, da immer mehr Streikende abtrünnig wurden. Erstellt war durch den Streik nicht mehr als durch die Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß.

So werden Differenzen auf die Spitze getrieben, um das Reklamationsbedürfnis der Kommunistischen Partei und ihrer Führer zu befriedigen.

Herausgegeben vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund.

Verantwortlich für die Redaktion: Alfred Bielepp, Halle.

Druck der Hallischen Genossenschafts-Verlagsdruckerei.